



Stadt Böblingen

Raum für Taten und Talente



Peter Conzelmann

Georg Kraut

Bürgermeister in Böblingen

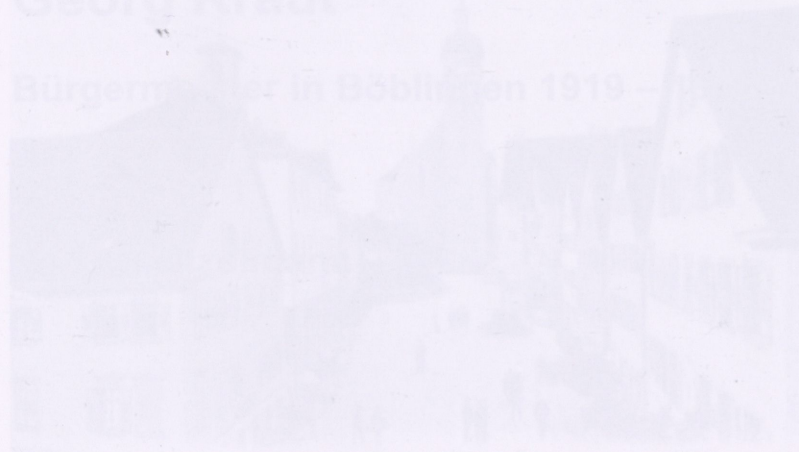
1919 - 1937

Beiträge zur
Böblinger Geschichte 2

Beiträge zur Böblinger Geschichte 2

Georg Kraut

Bürgermeister in Böblingen 1919



Stadt Böblingen
Raum für Taten und Talente

Beiträge zur Böblinger Geschichte 2



Alte Ansicht des Böblinger Marktplatzes. Das damalige, heute nicht mehr vorhandene Rathaus steht rechts in der Mitte, zu erkennen am kleinen Turmaufsatz

Einleitung

Georg Kraut – so hieß der Stadtschultheiß beziehungsweise Bürgermeister der Stadt Böblingen in den Jahren 1919 bis 1937. Eine sehr bewegte Zeit. Die unruhigen Monate unmittelbar nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg, die schwierigen Jahre der Weimarer Republik mit politischen und ökonomischen Krisen, Inflation und hoher Arbeitslosigkeit, die „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten und die gravierenden Veränderungen bis hin zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Georg Kraut

Georg Kraut

Bürgermeister in Böblingen 1919 – 1937

Peter Conzelmann

Was wissen wir heute über Georg Kraut? An privaten Schriftzeugnissen, wie zum Beispiel Briefen – Stadt Böblingen nichts erhalten, zumindest nicht in den nachgelassenen Archiven. Die meisten Schriftstücke und amtsgeschichtliche Verwaltung in den Amtsjahren Georg Krauts gingen durch den Brand der Böblinger Stadtbibliothek in der Zeit des Zweiten Weltkriegs verloren.

Der Autor

Peter Conzelmann, geboren 1957 in Stuttgart und aufgewachsen in Herrenberg, studierte Germanistik und Geschichte an der Universität Konstanz mit dem Abschluss Magister Artium und absolvierte ein Fortbildungsstudium der Betriebswirtschaftslehre. Nach einer Ausbildung zum Verlagslektor war er anschließend rund zwanzig Jahre, zuletzt in leitender Position, für Kulturbetriebe im Bereich Theater, Museum und klassischer Musik tätig. Seit 2006 ist er Leiter des Amtes für Kultur der Stadt Böblingen.

Alle Rechte vorbehalten
© Stadt Böblingen 2016

ISBN: 978-3928754-59-0

Einleitung

Georg Kraut – so hieß der Stadtschultheiß beziehungsweise Bürgermeister der Stadt Böblingen in den Jahren 1919 bis 1937. Eine sehr bewegte Zeit: Die unruhigen Monate unmittelbar nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg; die schwierigen Jahre der Weimarer Republik mit politischen und ökonomischen Krisen, Inflation und hoher Arbeitslosigkeit; die „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten und die gravierenden Veränderungen in der Zeit bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Georg Kraut hat in allen diesen Jahren versucht, die Stadt auf Kurs zu halten, sie zu entwickeln und voranzubringen, sie aber auch vor Schaden zu bewahren. Unter seiner Federführung wurde gebaut und die Infrastruktur verbessert, er setzte sich immer wieder für die Entstehung und den Erhalt von Arbeitsplätzen ein, hatte einen Blick für soziale und kulturelle Einrichtungen.

Georg Kraut findet Erwähnung in praktisch allen Darstellungen, die sich mit der Geschichte der Stadt Böblingen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beschäftigen. Über sein Wirken wird dort mehr oder weniger ausführlich berichtet, stets jedoch in einem übergeordneten Zusammenhang. Eine Gesamtdarstellung seines Lebens und Wirkens gab es bisher noch nicht. Mit der vorliegenden, im Rahmen der „Beiträge zur Böblinger Geschichte“ erscheinenden Schrift soll dies, wenn auch nicht in streng wissenschaftlicher Absicht, unternommen werden.

Was wissen wir heute über Georg Kraut? An privaten Schriftzeugnissen, wie zum Beispiel Briefen oder Tagebüchern, hat sich nichts erhalten, zumindest nicht in den allgemein zugänglichen Archiven. Die meisten Schriftstücke und sonstige Dokumente der Verwaltung in den Amtsjahren Georg Krauts gingen durch den Brand des Böblinger Stadtarchivs in der Zeit des Zweiten Welt-

kriegs verloren. Erhalten blieben dagegen die Verwaltungsberichte, die Georg Kraut einmal im Jahr vorlegte. Interessante Facetten ergeben sich auch durch Akten, die sich an anderer Stelle erhalten haben, so beim Oberamt, dem späteren Landratsamt Böblingen, wo die Dienstaufsicht über die Kommunen geführt wurde. Dort findet man unter anderem Georg Krauts Personalakte. Weitere Informationen können Akten der damaligen für die Kommunen zuständigen württembergischen Ministerialbehörden entnommen werden. Eine sehr ergiebige Quelle sind außerdem die Entnazifizierungsakten, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden. Insbesondere dort wird auf einige Vorgänge aus der Amtszeit Georg Krauts sehr detailliert eingegangen. Sehr aufschlussreich sind die Sachberichte zu einzelnen kommunalen Vorgängen, die Georg Kraut im Jahr 1949 für seinen erstmals wieder durch eine demokratische, direkte Wahl ins Amt gekommenen Nachfolger Wolfgang Brumme abfasste.

Es sind oft schlaglichtartige Einblicke, die sich so auf Georg Krauts über 30jähriges Arbeitsleben für die Stadt Böblingen, darunter knapp 20 Jahre als Bürgermeister, ergeben. Sie zeichnen das sehr lebendige Bild eines Mannes, der sein Handwerk im Bereich der öffentlichen Verwaltung von der Pike auf gelernt hatte, der über sehr viel Sachverstand verfügte und der wusste, wo er mit Beharrlichkeit anpacken musste, um zum Wohle seiner Stadt zu wirken. Er galt allgemein, auch bei seinen Gegnern, als sehr fleißig, vorausschauend und umtriebig, heute würde man „proaktiv“ sagen.

Zum einen wird erkennbar, dass Georg Kraut ein Bürgermeister mit Ecken und Kanten war, der, wenn es sein musste, streiten konnte und der, wenn er angegriffen wurde, sich zu verteidigen wusste. Zum anderen wusste Georg Kraut sich den Zeitläuften anzupassen, er war nicht frei von Opportunismus, ließ sich aber letztlich nicht gängeln, sondern zog die Konsequenzen, wenn be-

stimmte rote Linien überschritten wurden. Insofern ist das Leben und Wirken Georg Krauts auch exemplarisch für viele in höheren Verwaltungsstellen tätige Deutsche, die sich in der Zeit des Nationalsozialismus – trotz innerer Widerstände, die nicht immer nur ideologischer oder politischer Art waren – zwar auf die neuen Machthaber einließen, sich aber nicht, zumindest nicht völlig, verbiegen ließen.

Georg Kraut stammte aus einer bodenständigen Handwerkerfamilie, und trotz seiner nüchternen und pragmatischen Grundhaltung in allen Amtsgeschäften hatte er wohl auch geistige Interessen, die seinen beruflichen Alltag nur wenig berührt haben dürften.

Last but not least war Georg Kraut ein Mann, der sich auch in schwierigen Situationen ein gutes Stück Humor bewahren konnte. Doch er war offenbar empfindsamer, als es nach außen erscheinen mochte, seine Gesundheit hatte, besonders gegen Ende seiner Amtstätigkeit, gelitten.

Von Georg Krauts äußerer Erscheinung wissen wir wenig. Erwin Funk beschrieb ihn in seinem Werk „Böblingen im Dritten Reich“ sehr knapp wie folgt: „Er war mittelgroß, mit einer etwas hohen Stimme“. Bildzeugnisse sind nur wenige überliefert, Pressefotos waren damals noch nicht so gebräuchlich wie heute. So verfügt die Stadt über keine Porträtaufnahme von ihm aus seiner aktiven Zeit als Bürgermeister. Auf den wenigen bekannten Fotos sind die Gesichtszüge Georg Krauts kaum zu erkennen. Umso glücklicher fügte es sich, als im Jahr 2015 ein sehr eindrückliches Porträt von ihm auftauchte.

Ein Porträt wird entdeckt

Es war ein klassischer Dachbodenfund: Nach dem Tod seines Onkels erbte ein Mann ein Haus im Raum Stuttgart. Beim Ausräumen – das Haus sollte renoviert werden – entdeckte der Erbe zwischen allerlei Hinterlassenschaften, die sich auf dem Dachboden angesammelt hatten, ein gut erhaltenes Gemälde. Es zeigt einen älteren, schlanken, lächelnden Mann. Gekleidet in einen grauen Anzug sitzt er in aufrechter, aber eher legerer Haltung vor einem grünen Hintergrund, in der rechten Hand hält er ein rot eingebundenes Buch.

Wer aber ist der Dargestellte? Der Erbe hatte eine bestimmte Vermutung, die nach Böblingen wies, war sich jedoch nicht ganz sicher. Da sich in der Hinterlassenschaft seine Onkels keine weiteren Hinweise finden ließen, wandte er sich an das dortige Stadtarchiv. Vielleicht könnte er dort Näheres erfahren und seine Vermutung möglicherweise bestätigen. So sandte er eine Mail mit einem Foto des Porträts an den Böblinger Stadtarchivar Dr. Christoph Florian.

Da es sich um ein Gemälde handelte, wandte sich Dr. Florian seinerseits an Corinna Steimel, und obwohl das Foto nicht sehr detailreich war, erkannte die Leiterin der Städtischen Galerie sofort, dass es sich um etwas sehr Bedeutendes handeln musste. Umgehend nahm sie Kontakt zum Erben auf, ein Ortstermin wurde vereinbart.

Nach der Inaugenscheinnahme des Originals kam die Galerieleiterin zu folgendem Ergebnis: Das Gemälde ist ein Werk Fritz Steisslingers. Es trägt im linken oberen Eck die Signatur des Böblinger Malers, außerdem ist dort die Jahreszahl „1937“ vermerkt. Auch in stilistischer Hinsicht erkannte sie den Künstler, mit der Pflege dessen Werkes sich die Galerieleiterin im Rahmen ihrer Tätigkeit befasst. Sofort fiel ihr die typisch Steisslinger'sche Ma-

nier auf, das heißt das Malen mit mehreren Schichten und mit pastosem Farbauftrag. Und in der Art der Porträt-Komposition, einem so genannten „Kniestück“, erkannte sie eine Variante, welche Fritz Steisslinger besonders gut lag. Ebenso ist das Blaugrün des Hintergrundes charakteristisch für die Farbpalette seiner Schaffensphase der späten 1930er Jahre.

Corinna Steimel war sich sicher: Das Gemälde muss zu den Hauptwerken des Künstlers gezählt werden. 1937, im Jahr der Entstehung des Gemäldes, befand sich Fritz Steisslinger auf dem Höhepunkt seines Schaffens, vor allem hinsichtlich seiner Porträtkunst. Doch auch sie konnte nicht entschlüsseln, wer denn da abgebildet war. Eine Angabe hierzu, zum Beispiel auf der Bildrückseite, fehlte.

Ein Anruf bei Frederica Steisslinger, der Schwiegertochter des Malers und heutigen Nachlassverwalterin des umfangreichen Oeuvres, brachte Gewissheit. Auf die Mitteilung, dass ein offenbar bedeutendes von Fritz Steisslinger gemaltes Porträt entdeckt worden sei, und noch bevor sie die Vermutung des Erben, um wen es sich handeln könnte, genannt hatte, tippte Frau Steisslinger ohne zu zögern auf das Bildnis des Georg Kraut, des ehemaligen Böblinger Bürgermeisters. Frederica Steisslinger wusste sehr genau um dieses Gemälde, denn aus verschiedenen, von ihr verwahrten Schriftstücken ihres Schwiegervaters geht hervor, dass dieser Ende der 1930er Jahre im Auftrag Georg Krauts ein Porträt gemalt hatte. Allerdings hatten sich Spuren des Bildes verloren, man wusste nicht, in wessen Besitz es sich befand.

Der Zufall wollte es, dass Corinna Steimel genau in dem Moment, als das Porträt Georg Krauts entdeckt wurde, Vorbereitungen zu einer größer angelegten Ausstellung „Bildnisse der zweiten und dritten Dimension – Fritz Steisslinger als Porträtist und Plastiker“ traf. (Die Ausstellung war schließlich im Zeitraum 1. November 2015 bis 6. März 2016 im Böblinger Museum Zehnt-

scheuer zu sehen.) Der Erbe und Finder – der anonym bleiben möchte – war gerne bereit, das Gemälde leihweise für diese Ausstellung zur Verfügung zu stellen.

Einen glücklicheren Umstand kann man sich kaum vorstellen, denn auf diese Weise wurde die Ausstellung um ein bedeutendes Werk bereichert. Es war eine echte Sensation! Dies auch deswegen, weil es kaum fotografisches Material über Georg Kraut gibt. Rund 80 Jahre nach der Entstehung des Gemäldes ist somit ein wichtiges Stück nicht nur der Kunst-, sondern auch der Stadtgeschichte Böblingens wieder aufgetaucht.

Bald konnte, dank der Recherchen von Corinna Steimel, auch die Provenienz des Bildes, also dessen Herkunft beziehungsweise die Besitzerwechsel, geklärt werden:

Georg Kraut und seine aus Colmar stammende Frau Marie Mathilde, geborene Steib-Willdorf, verbrachten nach dem Wegzug aus Böblingen ihre weiteren Lebensjahre am Bodensee, zuletzt in Konstanz. Da der Umzug sehr rasch erfolgte, sollte das im Jahr 1937 noch in Böblingen bei Fritz Steisslinger in Auftrag gegebene Porträt an die neue Adresse am Bodensee geliefert werden, was dann auch geschah. Hierüber gibt es Unterlagen im Besitz der Familie Steisslinger.

Das Ehepaar Kraut war kinderlos. Im Testament von Frau Mathilde Kraut wird neben anderen auch eine langjährige Freundin bedacht. Das Porträt Georg Krauts war, wie sich anhand von Dokumenten feststellen ließ, ein Teil jener Erbschaft, das somit die Familie wechselte.

Doch nicht nur die Freundin selbst, sondern auch andere Mitglieder deren Familie standen in engerer Verbindung zu Georg und Mathilde Kraut. Der Sohn der Freundin war einige Jahre als Pflegekind beim Ehepaar Kraut, sein Großvater, ein Arzt aus Stuttgart, zählte ebenfalls zu deren Freundeskreis. Beim Sohn der Freundin handelt es sich um den Onkel des heutigen Besitzers.

Mit dem von Fritz Steisslinger geschaffenen Porträt Georg Krauts kann sich die Öffentlichkeit nun ein eindrückliches, weil sehr persönliches Bild des ehemaligen Bürgermeisters der Stadt Böblingen machen. Mit dem Erben konnte man sich, nach dem Ende der Ausstellung, einigen. Das Gemälde wurde der Städtischen Galerie als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt.

Dank

Der Verfasser dieser Schrift dankt allen, die bei der Beschaffung von Archivmaterial und mit Hintergrundinformationen geholfen haben, insbesondere Frau Corinna Steimel, Städtische Galerie Böblingen, Herrn Dr. Christoph Florian, Stadtarchiv Böblingen, Herrn Michael Kuthe, Stadtarchiv Konstanz, sowie Herrn Stefan Kraut, Stadtarchiv Künzelsau; Letzterer ist ein weitläufiger Verwandter von Georg Kraut. Herrn Dr. Kuhn sei gedankt für eine kritische Lektüre des Manuskripts und wertvolle technische Ratschläge.

Ein besonderer Dank gilt dem Besitzer des Porträtgemäldes von Georg Kraut, der es der Stadt Böblingen als Dauerleihgabe zur Verfügung stellt, sowie Frau Frederica Steisslinger, die mit der Abbildung des Porträts auf dem Einband dieser Schrift einverstanden war.

Herkunft, Ausbildung und erste Jahre in Böblingen

Georg Karl Kraut wurde am 14. März 1877 in Künzelsau geboren. Die seit 1806 zu Württemberg gehörende Stadt im Hohenlohschen, ab dem Jahr 1811 Sitz eines Oberamtes, hatte zu dieser Zeit knapp 3.000 Einwohner. Oberamt nannte man damals diejenige Verwaltungsebene, die heute durch den Landkreis gebildet wird.

Die Familie Kraut ist seit 1630 in Künzelsau ansässig, deren männliche Vertreter – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – als Gerber tätig waren. So war Georg Krauts Vater, der ebenfalls Georg mit Vornamen hieß, Rot- oder auch Lohgerber, eine Spezialform der Gerberei, die sich auf die Herstellung von besonders kräftigem und haltbarem Leder spezialisiert hatte. Der Großvater Michael Kraut war hingegen als Weißgerber tätig; hier ging es um die Herstellung von hellem und besonders feinem Leder.

Von 1883 bis 1887 besuchte Georg Kraut die Seminarübungsschule, wie eine der beiden Grundschulen in Künzelsau genannt wurde; hier konnten die Nachwuchs-Lehrkräfte des Evangelischen Lehrerseminars pädagogische Grundkenntnisse erwerben. 1887 wechselte er an die dortige Realschule, die er 1891 verließ, um im selben Jahr als Lehrling in die Verwaltung der Stadt Künzelsau einzutreten.

Die Industrialisierung machte auch vor der Gerberei nicht halt. Es war daher Ende des 19. Jahrhunderts abzusehen, dass das Handwerk zusehends von Fabriken verdrängt werden würde. Es ist daher verständlich, dass Georg Kraut beruflich nicht seinem Vater nachfolgen wollte. Auch sein ein Jahr jüngerer Bruder strebte in eine andere Richtung, er wurde Kaufmann.

Im Rahmen dieser Ausbildung lernte Georg Kraut unter Stadt-

schultheiß – so die damalige Amtsbezeichnung des Bürgermeisters – Carl Roeder verschiedene Ressorts der Stadtverwaltung kennen, so auch das Aufgabengebiet des Stadtschultheißen selbst, das auch die Position des Standesbeamten und des Ratsschreibers umfasste. Der Ratsschreiber war früher in erster Linie für die Ratsprotokolle zuständig, doch ist es auch heute noch eine übliche Bezeichnung für einen kommunalen Beamten, der Aufgaben im Zusammenhang mit der Ausfertigung von Urkunden, zum Beispiel im Bereich des Grundbuches, versieht.

Kennengelernt hat Georg Kraut zudem die Aufgabe des Verwaltungsaktuars, welcher den gewählten Ortsvorsteher oder den Gemeindepfleger – diese Position befasste sich, zunächst gemäß des Verwaltungsedikts des Königreichs Württembergs, später nach der Württembergischen Gemeindeordnung, mit den Finanzen der Kommune – in fachlicher Hinsicht unterstützte, sofern die beiden die für ihr Amt notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten nicht besaßen.

Gerade zu Beginn seiner Lehre konnte Georg Kraut erleben, dass nach vielen Jahren des Wartens endlich der Bau der Eisenbahn begann, die unbestritten wichtigste Infrastrukturmaßnahme dieser Zeit. Die Einweihung fand im Oktober 1892 statt, und Georg Kraut dürfte bei dieser Gelegenheit viel Prominenz in Künzelsau erlebt haben, so den württembergischen Ministerpräsidenten. Aber auch bei anderen wichtigen Projekten ging es vorwärts, so bei der im selben Monat eingeführten Elektrifizierung.

Nach der Lehre arbeitete Georg Kraut zunächst als Verwaltungsgehilfe in verschiedenen Positionen. In den Jahren 1901 und 1902 absolvierte er einen staatlichen Unterrichtskurs für Verwaltungskandidaten, vor der Prüfung verbunden mit einer Art Praktikum, das ihn für einige Wochen an das Grundbuchamt in Cannstatt brachte. Im Juli 1902 legte er erfolgreich die mittlere Verwaltungsdienstprüfung ab.

Georg Kraut schlug nach dieser gründlichen Ausbildung eine mittlere Beamtenlaufbahn ein. Noch im Jahr 1902 arbeitete er für einige Monate beim Oberamt Gerabronn, im ersten Halbjahr 1903 war er dann mit Arbeiten für den Spar- und Hypothekenverein Künzelsau beschäftigt. Im Juni 1903 wurde er als Verwaltungsassistent beim Oberamt Künzelsau eingestellt und dort im September 1904 zum Oberamtssekretär ernannt. Im Mai 1905 erfolgte die Versetzung in gleicher Funktion zum Oberamt Böblingen.

Wechsel zur Stadtverwaltung Böblingen

Im September 1906 trat Georg Kraut, nachdem er um seine Entlassung aus dem Staatsdienst ersucht hatte, in die Dienste der Stadt Böblingen als Ratsschreiber ein. Dort hatte er im Auftrag des Oberamts zuvor schon stellvertretend die Geschäfte des erkrankten damaligen Stadtschultheißen Staiger geführt. Seine guten fachlichen Qualifikationen müssen für die Übertragung dieser wichtigen Funktion gesprochen haben.

Die Zuckerfabrik

Ein wichtiges Ereignis in diesem Jahr war der Niedergang der Zuckerfabrik am unteren See in Folge eines Brandes. Die Zuckerfabrik wurde an die Stuttgarter Konkurrenz verkauft, der es – so die Einschätzung Georg Krauts – nur darauf ankam, einen Mitbewerber auszuschalten. Und in der Tat, die Zuckerfabrik wurde stillgelegt, auf ihrem Gelände wurde ab 1908 lediglich ein Gutsbetrieb geführt. Für die Stadt bedeutete diese Transaktion einen

empfindlichen Steuerrückgang. Laut Georg Kraut musste man lange und hart daran arbeiten, die finanziellen Ausfälle wieder wettzumachen, indem man sich mit Nachdruck um die Ansiedlung neuer Industrieunternehmen bemühte. Diese Vorgehensweise ist exemplarisch für eine Politik, an die Georg Kraut in späteren, noch schwierigeren Zeiten anknüpfen sollte.

Die späteren, noch ruhigen Jahre der Kaiserzeit brachten für Böblingen auf der anderen Seite auch einige positive Veränderungen. Die Verlegung einer Gasleitung im Jahr 1910 war im Hinblick auf die Energieversorgung eine klare Verbesserung der Infrastruktur, ebenso der Anschluss an die Quelle in Aidlingen im Hinblick auf die Wasserversorgung. Im Jahr 1912 wurde eine Frauenarbeitsschule in Böblingen eingerichtet. Die Ansiedlung der Möbelfabrik Renz im Jahr 1914 brachte weitere Arbeitsplätze. Im selben Jahr ereignete sich jedoch, was der amerikanischen Historiker George F. Kennan die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ nannte: Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

Ein Blick auf das alte Böblingen mit dem Unteren See



Die Zeit des Ersten Weltkriegs

Der Militär-Flugplatz

Im Jahr 1915 war der Krieg, der sich zum Weltkrieg ausgeweitet hatte, in sein zweites Jahr gegangen. Die Frontlinien im Westen waren weitgehend zum Stehen gekommen, es begann die Zeit des Stellungskriegs. Und es begann eine Zeit, in der völlig neuartige Waffen erprobt und zum Einsatz gebracht wurden.

Neu war unter anderem die Fliegerei, aus der sich bald die Fliegereiregimenter entwickeln sollten. Wie Böblingen mit diesem Waffentypus in Berührung kam und welche Folgen dies für die weitere Entwicklung der Stadt haben sollte, schildert Georg Kraut ausführlich in einem der erwähnten Berichte an seinen Amtsnachfolger Wolfgang Brumme. Demnach sei im Sommer 1915 der damalige Stadtschultheiß Andreas Dingler auf ihn zugekommen: Ein Offizier sei bei ihm vorstellig geworden, der einen geeigneten Standort für einen militärischen Fliegerhorst suche, und ob der Ratsschreiber eventuell eine Idee habe. Georg Kraut habe das Gelände „unterhalb des Bahnhofs“ empfohlen, das der Offizier nach einer bald anberaumten Besichtigung für gut befunden habe. Rasch sei man sich einig geworden und habe die Flächen an die Militärverwaltung verkauft.

In seinem Bericht lässt Georg Kraut nicht unerwähnt, dass die Firma Daimler sich entschloss, „anschließend an den Militärflugplatz“ auf Sindelfinger Gemarkung ein Karosserie- und Flugzeugwerk zu errichten. Außerdem habe dank der dann einsetzenden Bauarbeiten allgemein „Hochkonjunktur“ geherrscht. Bald habe sich aber auch die Stadt sehr verändert, ja es seien, so Georg

Kraut, gegen Ende des Ersten Weltkriegs mehr Soldaten in Böblingen gewesen als die Stadt Einwohner gehabt habe.

Aufgaben während der Kriegszeit

In der Zeit des Ersten Weltkriegs musste sich Georg Kraut als Ratsschreiber auch Aufgaben widmen, die sich aufgrund der sich zuspitzenden Kriegslage ergaben. Da sich der Krieg deutlich länger hinzog, als sich die Staats- und die militärische Führung des Deutschen Reiches das anfangs vorgestellt hatte, mussten die Ressourcen der kriegführenden Länder immer mehr in Anspruch genommen werden. Die Folge für die Kommunen war eine immer knappere Lebensmittelversorgung. Schließlich mussten die Verwaltungen organisierend eingreifen. Georg Kraut muss diesen Bereich sehr umsichtig und gut erledigt haben, denn als er im Juni 1916 – damals immerhin schon 39jährig – zum Kriegsdienst eingezogen wurde, reklamierte die Gemeinde so lange, bis Georg Kraut nach rund sechs Monaten im November des gleichen Jahres wieder aus dem Militär entlassen wurde, um seinen Dienst bei der Stadt Böblingen weiter versehen zu können.

Die Wahl zum Stadtschultheiß

Im Jahr 1919, wenige Monate nach Ende des Ersten Weltkriegs, stand die Wahl des Stadtschultheißen an, nachdem der bisherige Amtsinhaber Dingler in den Ruhestand gegangen war. Georg Kraut bewarb sich um das Amt. Er brachte mit seiner bestandenen mittleren Verwaltungsdienstprüfung die damals gemäß einer Ver-

fügung des württembergischen Innenministeriums notwendigen Voraussetzungen mit. Seine umfangreichen Erfahrungen, nicht zuletzt aus der Zeit als Stellvertreter des Böblinger Stadtschultheißen, sprachen sicherlich für ihn. Vor allem aber brachte sein erfolgreiches Wirken während der Kriegszeit ihm viel Vertrauen seitens der Bevölkerung ein. So gewann er die für 19. Juni 1919 angesetzte Wahl gegen zwei Mitbewerber und wurde Böblinger Stadtoberhaupt.

Politische und weltanschauliche Orientierung

Georg Kraut gehörte keiner Partei an. Über seine politische und weltanschauliche Orientierung gibt es keine beredten Zeugnisse aus der damaligen Zeit. Aufschluss findet man allerdings in einem späteren Dokument: In der Zeit des Nationalsozialismus mussten die Deutschen aufgrund der 1935 erlassenen „Nürnberger Rassegesetze“ einen so genannten „Ariernachweis“ erbringen. Bei Beamten und auch den Angestellten des öffentlichen Dienstes galt diese Pflicht in besonderem Maße. In der Regel hing davon unmittelbar deren berufliche Existenz ab. Um einen „Ariernachweis“ zu erlangen, musste daher in erster Linie in einer „Stammliste“ die „arische“ Abstammung mindestens bis zu den Großeltern nachgewiesen werden. Aber auch andere biographische Daten wurden in dieser Liste erfasst, so die schulische und berufliche Ausbildung sowie politische oder weltanschauliche Betätigungen.

In Georg Krauts „Stammliste“ aus dem Jahr 1937 wurde eine Mitgliedschaft in der in Stuttgart ansässigen Loge „Zur aufgehenden Sonne“ für die Jahre 1917 bis 1919 vermerkt. Solche Logen galten im Nationalsozialismus grundsätzlich als suspekt, da das

Freimaurertum, zu dem man auch diese Loge zählte, humanistisches Gedankengut pflegte und für religiöse und weltanschauliche Toleranz eintrat. Der entsprechende Eintrag in die „Stammliste“ war daher aus dem Blickwinkel der damaligen Machthaber ein Malus. Darüber wird noch zu berichten sein.

Georg Kraut selbst nimmt zu dieser Mitgliedschaft im Rahmen einer gegen ihn im Jahr 1936 ergangenen Dienstaufsichtsbeschwerde in relativierender Absicht gegenüber Landrat Otto Meditsch wie folgt Stellung: Er habe nie einen Hehl daraus gemacht, zwei Jahre dieser Loge angehört zu haben. Doch sei diese, so seine in Anbetracht der Umstände sehr defensive Position, „keine von den Altfreimaurern anerkannte Loge“ gewesen, und es sei dort auch nie Politik getrieben worden. Man habe sich allein auf „belehrende Vorträge und Förderung gewisser Wohltätigkeit“ beschränkt. Auf die Dienstaufsichtsbeschwerde wird später näher eingegangen.

Warum Georg Kraut die Loge 1919 verließ, darüber gibt es kein Zeugnis. Vermutet werden kann, dass er aufgrund seiner neuen Aufgabe als Stadtschultheiß der Stadt Böblingen schlicht nicht mehr genügend Zeit für die regelmäßigen Treffen in Stuttgart hatte. Möglich ist aber auch, dass in dieser Zeit der Umbrüche die allgemeine Unruhe auch auf das Logenleben übergriff und es deswegen zu Veränderungen kam, die nicht jeder mittragen wollte.

Die Zeit der Weimarer Republik

Die ersten Monate nach Kriegsende

Georg Kraut übernahm im Juni 1919 als frischgewählter Stadtschultheiß sein neues Amt in schwieriger Zeit. Kaum dass im Jahr zuvor die Niederlage festgestanden hatte, wandelten sich Staat und Gesellschaft in Deutschland in rasantem Tempo. Das preußisch dominierte Kaiserreich war am Ende, der Kaiser dankte ab und floh ins Exil nach Holland, und auch der bei der Bevölkerung durchaus beliebte württembergische König Wilhelm II machte den Weg für eine nicht-monarchische Staatsform rasch frei.

Es kam, auch im Südwesten, zu revolutionären Erhebungen, wofür in den Geschichtsbüchern vor allem das Datum des 9. November 1918 steht. Einen Tag später, am 10. November, wurde in Stuttgart eine Revolutionsregierung gebildet. Auch in Böblingen sammelten sich politische Kräfte, die an der Umgestaltung von Staat und Gesellschaft teilnehmen wollten. Doch wurden hier wie andernorts sehr bald die Unterschiede zwischen Anhängern einer parlamentarischen Demokratie nach bürgerlichen Vorstellungen und eines sozialistischen Räteystems erkennbar. Als sich dann allerdings in Böblingen ein „Arbeiter- und Bauernrat“ bildete, nahmen an diesem revolutionären Gremium auch Vertreter des Bürgertums teil. Gemeinsam versuchte man nun, Einfluss auf das kommunale Geschehen zu nehmen, wo noch immer Stadtschultheiß und Gemeinderat alleine das Sagen hatten.

Der neuen Landesregierung indessen gelang es, die Wirkungsweise der allerorts sich bildenden Räte auf rein soziale Fragen einzugrenzen, so zum Beispiel im Hinblick auf die Lebensmittelversorgung oder die Behebung der Wohnungsnot. Auch die Auf-

nahme der vielfach verletzten und traumatisierten Kriegsheimkehrer war ein Thema. Spannungsfrei war die Zusammenarbeit zwischen dem Arbeiter- und Bauernrat auf der einen und dem Gemeinderat und der Verwaltungsspitze auf der anderen Seite in Böblingen jedoch nicht, denn, wie überall, wollten die Letzteren Macht und Einfluss nur ungern teilen.

Ein wichtiges Datum war der 19. Januar 1919, als erstmals in Deutschland nach einer freien, geheimen und gleichen Wahl – auch die Frauen durften erstmals wählen und gewählt werden – sich deutsche Nationalversammlung zusammensetzte. Diese trat später in Weimar zusammen, um eine Verfassung zu verabschieden. Die „Weimarer Republik“ war geboren.

In Böblingen wurde am 25. Mai 1919 nach über sechs Jahren ein neuer Gemeinderat gewählt. Stärkste Partei wurde mit 52% die liberal-bürgerliche Deutsche Demokratische Partei (DDP), gefolgt von der Sozialdemokratischen Partei (SPD) mit 36 %. Die linken Parteien Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) und Kommunistische Partei (KPD) boykottierten die Wahl, sie setzten weiter auf das Räteystem.

Die weiteren Ereignisse des Jahres 1919 auf nationaler Ebene führten dazu, dass die revolutionäre Linke mit ihren Vorstellungen mehr und mehr ins Abseits gedrängt wurde und sich die bürgerlichen Kräfte mit dem Konzept der parlamentarischen Demokratie als Staatsform durchsetzten. Die Revolution nach sozialistischem Muster war in Deutschland gescheitert.

Der Versailler Vertrag und die Folgen

Am 28. Juni 1919, nur wenige Tage nach der Wahl Georg Krauts zum Stadtschultheiß, unterzeichnete die deutsche Regierung den

Versailler Friedensvertrag; bis dahin hatte lediglich Waffenstillstand geherrscht. Der in diesem Vertrag enthaltene „Kriegsschuldartikel“ sowie einige darin formulierte Auflagen, insbesondere die geforderten Reparationen, empörten viele Deutsche. Und obwohl man zugestehen musste, dass der Versailler Vertrag doch immerhin nach über vier Jahren eines mörderischen Krieges den lang ersehnten Frieden und eine, zumindest auf dem Papier, stabile politische Ordnung der europäischen Verhältnisse gebracht hatte, war dieser Vertrag doch ein ständiger Streitpunkt, an dem sich der Unmut der Bürgerinnen und Bürger in und an der ersten deutschen Republik entzündete. Nach der Ratifizierung des Vertrages im Januar 1920 gewannen dann die radikalen Kräfte auf der Rechten, aber auch auf der Linken die Oberhand, und das bürgerlich-demokratische Lager gelangte in die Minderheitsposition, ein Vorbote auf das letztliche Scheitern der Weimarer Republik.

Für die kommunalpolitische Ebene bedeutete der Versailler Vertrag zumindest, dass man nun genauer kalkulieren konnte, was – bei aller Verbitterung über seine harten Bedingungen – die Zukunft bringen konnte. Es war die Stunde für Verwaltungsfachleute, die mit Sachverstand und klaren Vorstellungen darangehen konnten, die Dinge in ihrer Kommune neu zu regeln. Wir können uns Georg Kraut, der, wie es damals üblich war, für zehn Jahre gewählt worden war, als jemanden vorstellen, der ohne ideologische Scheuklappen und mit viel Pragmatismus seinen Dienst als Stadtschultheiß antrat und sich den anstehenden Aufgaben stellte.

Für Georg Kraut war klar, dass er in vielerlei Hinsicht neue Wege beschreiten musste. Eine wichtige Option war hierbei für ihn auch die Zusammenarbeit mit der Nachbarstadt Sindelfingen. So hatte er schon im Wahlkampf um die Position des Stadtschultheißen vorgeschlagen, das Schulwesen durch Bildung einer Bezirkschule, an der sich Böblingen und Sindelfingen zu beteiligen hätten, zu verbessern. Er merkte allerdings bald, dass es durchaus

Widerstände gab, wenn diese Schule ihr Quartier auf Sindelfinger Gemarkung haben sollte und konstatierte ein gewisses „Kirchturmdenken“. Schlussendlich wurde das Projekt auf dem Goldberg realisiert, die Einweihung erfolgte mit einiger Verzögerung im Jahr 1933. Einen von ihm als erstrebenswert erachteten Zusammenschluss der beiden Städte – er sah die vereinigten Städte als „Bollwerk vor den Toren der Landeshauptstadt“ – vermochte jedoch auch Georg Kraut, der dieses Vorhaben als geborener Künzelsauer sicherlich mehr als Verwaltungsfachmann und nicht als Lokalpatriot betrachtete, nicht herbeizuführen.

Prekäre Finanzen und soziale Not

Die Stadtfinanzen waren – wie Georg Kraut später immer wieder betonte – alles andere als rosig. Jedes kommunale Projekt geriet daher zu einer großen Herausforderung. Der Bau einer Kleinkinderschule in der Herrschaftsgartenstraße, hielt Georg Kraut später fest, sei nur gelungen, weil er eine umfängliche Sammlung an Geld und Sachmitteln habe durchführen lassen. Persönlich wandte er sich an die Böblinger Industriellen, darunter den besonders großzügigen Lyon Sussmann, aber er richtete auch erfolgreich schriftliche Appelle an auswärtige und sogar an im Ausland lebende Böblinger, etwas für ihre Heimatstadt zu spenden.

Zu den vordringlichen Problemen der ersten Nachkriegsjahre zählten die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsnot. Um letzteres Problem anzugehen, wurde schon im März 1919 auch die Kreisbaugenossenschaft gegründet. Georg Kraut gehörte zu den Gründungsmitgliedern, welche noch vor seiner Einführung ins Amt des Stadtschultheißen erfolgte.

Die Abwicklung der Brauerei Zahn im Jahr 1921 wirft ein Licht

auf die damalige Lage am Arbeitsmarkt. Nachdem die Gebäude der in Liquidation sich befindenden Brauerei zunächst keinen Käufer fanden, sollte die Stadt einspringen. Die Überlegung war, dass man durch den Abbruch von Gebäudeteilen zumindest für einige Arbeitslose Beschäftigung bieten konnte. So etwas nannte man „Notstandsarbeiten“.

Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot spitzten sich nach ein paar Jahren der relativen Ruhe weiter zu, und zwar in einer Zeit, die sich als besonders krisenhaft erwies: Im Januar 1923 hatten französische Truppen das Ruhrgebiet besetzt, um die im Versailler Vertrag festgehaltenen Reparationsleistungen zu erzwingen. Obwohl formal rechtens, war die Empörung über diesen Vorgang in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung groß. Es erfolgten in diesem Jahr außerdem Putschversuche von links und von rechts, der wohl bekannteste durch Adolf Hitler und seine Gesinnungsgenossen in München am 8. und 9. November 1923.

Besonders in diesem Jahr intensivierte Georg Kraut seine Bemühungen, die ärgste Not seiner Stadt – die er in diesen Zusammenhängen mehrfach als „Arbeiterwohngemeinde“ bezeichnete, um ihre relative Finanzschwäche zu charakterisieren – durch Sammlungen zu lindern. Erneut war es vor allem Lyon Sussmann, der half, aber auch die Firmen Wanner, Lenz sowie Kindler & Briel (Kibri) zeigten sich großzügig. So konnte ein regelrechtes „Winterhilfswerk“ aufgebaut werden, das, wie Georg Kraut vermerkte, 1934 von den Nazis „annektiert“ wurde.

Inflation und Notgeld

Ein weiteres gravierendes Problem war die Inflation. Sie beschleunigte sich im Jahr 1923 immer mehr, da der deutsche Staat

sich im Hinblick auf die Reparationszahlungen dadurch zu helfen versuchte, indem er immer mehr Geld drucken ließ. So wurde aus der Inflation schließlich eine Hyperinflation. Das führte zu erheblichen Problemen im Alltag der Bevölkerung. Abgesehen davon, dass sich Geldguthaben mit hoher Geschwindigkeit in nichts auflösten und viele Sparer dadurch erhebliche Verluste erlitten, funktionierte die Reichsmark als offizielles Zahlungsmittel nicht mehr. Denn von dem, was man am Abend als Lohn ausbezahlt bekam, konnte man sich am nächsten Morgen praktisch nichts mehr kaufen. Für viele Menschen ergab sich hierdurch eine schwierige Lage, manche verzweifelten. Obwohl die Bereitstellung von Geld als Zahlungsmittel eine gesamtstaatliche Aufgabe ist, suchten einige Kommunalpolitiker nach praktischen Lösungen für die Bevölkerung, darunter auch Georg Kraut. Eine der Lösungen: Notgeld.

Georg Kraut griff die Idee, die schon in anderen Städten praktiziert wurde, rasch auf. Er trug sie dem Gemeinderat vor, erhielt jedoch eine deutliche Abfuhr. Es war dann ein Anruf von Hans Sussmann, dem Juniorchef der Firma Maier & Cie., der den Stein ins Rollen brachte. Der Fabrikant sah sich in arger Not, weil er über kein Kleingeld mehr verfügte, um seine Arbeiter auszuzahlen. Georg Kraut entwarf – trotz der zuvor erlittenen Niederlage im Gemeinderat – einen über 4 Mark lautenden Kleingeldschein und lief damit zur Druckerei Schlecht, der das mit dem städtischen Wappen versehene Notgeld kurzerhand druckte. Alle Scheine wurden – um Fälschungen zu vermeiden – von Stadtschultheiß Kraut zwei Tage lang eigenhändig unterschrieben. Die frischen Notgeldscheine wurden der Firma Maier & Cie. überbracht, der Gegenwert wurde per Scheck an die Stadtkasse vergütet. Auf seiner nächsten Sitzung wurde der Gemeinderat informiert. Der war zwar, wie Georg Kraut festhielt, „nicht recht erbaut davon, [...] stimmte aber zu“.

In der Folge konnte die Stadt Böblingen in großem Stil Notgeld

ausgeben und holte sich hierzu auch die Nachbarstadt Sindelfingen ins Boot. Eine vorgeschriebene Regierungsgenehmigung wurde eingeholt. Diesmal lauteten die Scheine auf 50.000, 100.000, 500.000, 1.000.000 und 2.000.000 Mark. Jede der beiden Städte musste hierfür beim Reichsfinanzministerium eine Million Mark hinterlegen.

Dass man die ganze Sache nicht so verbissen sah, ja, der ganzen Misere mit Humor begegnen konnte, wird deutlich durch die Tatsache, dass die Notgeldscheine folgender Vers zierte:

*A Schwob kommt nach Endien (Indien) nei
der kaihrt (kehrt) en Kalkutta ei
ond frogt en dem Wirtshaus no
„Ihr Leut, isch koi Böblenger do?“
Do schreit so en endischer Denger
„Ha noi, aber a Sendelfenger.“*

Nachdem die Hyperinflation durch die Einführung der so genannten „Rentenmark“ bezwungen war – die Nutzung von Notgeld war nun nicht mehr nötig –, schienen bessere Jahre für die deutsche Republik zu kommen. Und in der Tat konnte man in den Jahren von 1924 bis 1929 einen gewissen Aufschwung verzeichnen. Auch außenpolitisch tat sich manches, was zur Entspannung der Lage in Europa beitrug, selbst die harten Bestimmungen des Versailler Vertrages wurden, wenn nicht aufgehoben, so doch in vielen Punkten abgeschwächt, eine Entwicklung, die sich besonders gut am Beispiel des Böblinger Flugplatzes zeigen lässt.

Das von den Städten Böblingen und Sindelfingen
herausgegebene, originell gestaltete Notgeld



Vom Flugplatz zum Landesflughafen

Georg Kraut wusste: Um der Arbeitslosigkeit zu begegnen, musste in erster Linie die Wirtschaft vor Ort angekurbelt werden. Daher wandte er sich mit großem Elan auch dem Flugplatzgelände jenseits der Bahnlinie zu.

Nach Kriegsende, im Dezember 1918, musste die militärische Fliegerei eingestellt werden. Der im Januar 1920 in Kraft tretende Versailler Vertrag regelte dies mit der Kraft des Völkerrechts. Hierbei war den Deutschen auch die zivile Fliegerei verboten worden. Der Betrieb auf dem Flugplatz kam praktisch zum Erliegen. Zivile Arbeitsplätze, vor allem im Bereich des Bodenpersonals und der Werkstätten, gingen somit verloren. Georg Kraut brachte die Lage in der Rückschau aus dem Jahr 1949 so auf den Punkt: „Man kann sich heute nicht mehr vorstellen, welche Enttäuschung, ja Verzweiflung, hier herrschte, als unser schöner neuer Flugplatz außer Betrieb gesetzt werden mußte.“

Die Böblinger Verwaltungsspitze unter Georg Kraut prüfte die Möglichkeiten, was man aus dem weitläufigen Gelände machen könnte. Zur Debatte standen:

1. landwirtschaftliche Nutzung
2. Wohnbebauung
3. industrielle Nutzung
4. Neuerrichtung eines Flugbetriebs

Für eine landwirtschaftliche Nutzung meldeten sich bei der Stadtverwaltung einige Interessenten. Einer wollte zum Beispiel auf dem Gelände eine Schafzucht betreiben. Für eine solche Lösung gab es durchaus größeren politischen Druck, denn die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrung war nach dem Krieg weiterhin kri-

tisch. Stadtschultheiß und Gemeinderat erkannten aber, dass dies keine lukrative Nutzung darstellen würde und lehnten ab. Glücklicherweise stand auch das an Steuereinnahmen interessierte Reichsschatzamt, also das Finanzministerium, hinter dieser Haltung.

Bei der Wohnbebauung sah es schon anders aus. Wie bereits erwähnt, war die Wohnraumknappheit ein dringendes Problem, vor allem für die einkommensschwachen oder mittellosen Bürger. Hier konnte man zumindest dadurch Abhilfe schaffen, dass man solchen Bürgern die vorhandenen Militärbaracken als Wohnraum zuwies. Eine regelrechte Aufsiedlung des Flugplatzes mit kostengünstigen Neubauten wollte man jedoch nicht ins Auge fassen, nicht zuletzt, weil diese Maßnahme zu kostenintensiv gewesen wäre.

Eine industrielle Nutzung schien im Hinblick auf die Entstehung von Arbeitsplätzen und die Generierung von Gewerbesteuern sehr viel reizvoller zu sein. Ein Blick hinüber nach Sindelfingen zeigte, dass dort mit der Ansiedlung eines Werkes der Daimler-Motoren-Gesellschaft noch in Kriegszeiten ein solcher industriepolitischer Schritt gelungen war. Daher zeigte sich die Stadt offen für Unternehmer, die es mit einem industriellen Projekt auf dem Flugplatzgelände wagen wollten. Hierzu zählten auch Automobilunternehmen, zum Beispiel die Firma „Libelle“ oder die – noch heute existierenden – Schwäbischen Hüttenwerke (SHW), die am Böblinger Standort ein für die damalige Zeit hoch innovatives Fahrzeug-Konzept realisieren wollten. Ein Prototyp der wenigen noch erhaltenden so genannten „SHW-Wagen“ steht heute im Deutschen Museum in München.

Die meisten Hoffnungen aber setzte man auf Böblinger Seite – trotz der Bestimmungen des Versailler Vertrages – auf die Fliegerei. Das Fliegen galt als die Zukunftstechnologie schlechthin, so wie etwa heute die IT-Branche. Dass nun nicht das Militär den

Luftraum eroberte, sondern Zivilisten im Flugzeug von A nach B reisen konnten – das war die große Vision, getragen durch rasante Fortschritte in der Luftfahrttechnologie. Hellmuth Hirth, einer der großen Flugpioniere, formulierte es so: „Der Luftverkehr wird kommen, sei es zuerst als Luftpost oder für irgendeinen anderen Verkehrszweck.“

Hellmuth Hirth selbst hatte sich schon 1919 für den Böblinger Flugplatz interessiert, wollte dort einen Privatflugbetrieb einrichten. Doch nicht nur der dann in Kraft tretende Versailler Vertrag machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Auch die deutschen Militärbehörden und die württembergische Staatsregierung wollten nicht zulassen, dass ein Privatmann sich an das möglicherweise lukrative Geschäft mit der zivilen Fliegerei machte.

Aber die Unterzeichnung des Versailler Vertrages zeigte nun seine konkreten Folgen, denn nun musste unter Aufsicht der Interalliierten Kommission, also der Siegermächte, an den Abbau militärischer Infrastruktur gegangen werden. Die Stadt Böblingen sah sich durch diese Maßnahme um die Chancen gebracht, die sich doch ganz offensichtlich aus der zivilen Fliegerei ergeben würden. So sollte zum Beispiel auch die für die Fliegerei wichtige Benzinzapfanlage abgebaut werden. Das konnten die Böblinger Stadtobere zwar nach zähem Ringen verhindern, doch ein Teil der Werfthallen wurde abgebrochen, bewegliches Material, darunter auch Fluggerät, wurde verkauft.

Dennoch machte sich auf Seiten der Stadt kein Pessimismus breit, im Gegenteil: Viele Anzeichen auf höchster politischer Ebene deuteten darauf hin, dass die strengen Bestimmungen des Versailler Vertrags gelockert werden würden, ja, dass man bald mit der zivilen Fliegerei beginnen konnte. Und bis es so weit war, konnte man schon mit einigen Aktivitäten am Boden beginnen, zum Beispiel durch die Ansiedlung von flugtechnischen Firmen oder mit öffentlichen Veranstaltungen zum Thema Fliegen, selbst

wenn in der Anfangszeit die Maschinen am Boden bleiben mussten.

Georg Kraut fasste in der bereits erwähnten Rückschau zusammen: „Wir wehrten uns daher mit allen Mitteln gegen die beabsichtigte Zerstückelung des Flugplatzes, und dank der großen Unterstützung durch das Landesfinanzamt Stuttgart, dessen Vorsteher [...] Tafel nicht genug Dank hierfür gesagt werden kann, konnten alle Anschläge auf den Flugplatz vereitelt werden.“

Schon 1921 wurde in Stuttgart die Württembergische Luftdienst G.m.b.H. gegründet, die eine Bodenorganisation aufbauen sollte. Dies verstieß nicht gegen den Versailler Vertrag. Böblingen beteiligte sich mit 4.000 Mark an dieser Gesellschaft. Die Inflation vernichtete jedoch das Kapital, so dass diese Gesellschaft handlungsunfähig wurde. Damit schwand zunächst eine Hoffnung.

Im Winter 1924/25 wurde unter Federführung und Beteiligung des Staates Württemberg die Luftverkehrs AG (LUWAG) gegründet. Diese hüllte sich jedoch erst einmal in Schweigen, wo der richtige Standort für einen Landesflughafen sei – wenn er denn dann genehmigt würde. Denn neben Böblingen waren seit einiger Zeit auch die Standorte Cannstatter Wasen und die Fildern im Rennen. Gegen Böblingen wurde als Argument die größere Entfernung zur Landeshauptstadt vorgebracht, was Georg Kraut nicht gelten lassen wollte und auf die guten Nahverkehrsverbindungen verwies.

Um zu zeigen, dass man den festen Willen hatte, den lukrativen Zivillflughafen nach Böblingen zu holen, beschloss die Stadt, sich beim Aufbau von Infrastruktur kräftig zu beteiligen. So entstanden mit städtischer Finanzhilfe die ersten Flugzeughallen. „Daß der Gemeinderat sich hierzu entschloß, ist ein Beweis für seine fortschrittliche Gesinnung & seines unbeirraren Glaubens an die Zukunft des Deutschen Luftverkehrs“, bewertete Georg Kraut dieses Engagement. Schlussendlich neigte sich aber auch argu-

mentativ die Waage gegen die Standorte Wasen und Fildern, Böblingen galt wieder als Favorit.

Mitte der 1920er Jahre war es dann soweit: Im April 1925, und damit noch vor dem Beitritt Deutschlands zum Pariser Luftverkehrsabkommen im Jahr 1926, wurde mit der Landung einer zivilen Maschine der württembergische Landesflughafen in Böblingen eröffnet. Das zähe Bemühen der Stadt Böblingen mit Stadtschultheiß Kraut an seiner Spitze hatte sich endlich ausgezahlt. Die Stadt wurde zu einem wichtigen Drehkreuz des rasch wachsenden Luftverkehrs.

Das Thema der Flugschauen, mit dem man die Zeit des Flugverbots überbrückt hatte, wurde auch nach Eröffnung des Flughafens weiterbetrieben. Man hatte erkannt, welche Massenwirkung diese Veranstaltungen – zu denen neben den neuesten technischen Erfindungen auch flugakrobatische Nummern oder die Damen-Kunstflugmeisterschaften gehörten – hatten. Das schaffte Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.

Auch die Industrieansiedlung auf dem Flughafengelände wurde aktiv weiterbetrieben. So begann im Jahr 1926 der ehemalige Daimler-Ingenieur Hanns Klemm seine Flugzeugproduktion auf dem dortigen Gelände. Die Stadt Böblingen half mit einem Gründerdarlehen und verschaffte Zugang zur ehemaligen Hirth'schen Halle. Eine Starthilfe, die sich lohnte, denn zu seinen besten Zeiten standen bei Klemm mehrere hundert Mitarbeiter in Lohn und Brot.

Alles in allem kann man festhalten, dass das unter Georg Kraut ausgeprägte strategische Denken im Hinblick auf die Konversion des Flugplatzes – die Errichtung des Landesflughafens und die Ansiedlung passender Industrie – von Erfolg gekrönt war. Die Geschichte des Landesflughafens Württemberg sollte aber schlussendlich eine andere Richtung nehmen.

Der Landesflughafen Stuttgart-Böblingen mit dem anfänglichen kleinen Abfertigungsgebäude (oben, Mitte) und mit dem später errichteten großen und modernen Verwaltungsgebäude und Hotel (unten)



Wirtschaftliches Auf und Ab

Auch auf anderen kommunalen Gebieten leisteten Georg Kraut und die Stadtverwaltung viel. Wohnungen wurden gebaut, Kanalisationen und Wasserleitungen verlegt, Straßen und Gehwege verbessert. Auch der schienengebundene Nahverkehr sollte verbessert werden. Mitte des Jahres 1927 schien dann die Durststrecke überwunden zu sein. Wie im gesamten Reichsgebiet, so fiel auch in Württemberg die Arbeitslosenrate, und im Bereich des Arbeitsamtes Böblingens gab es plötzlich offene Stellen zu vermelden, allerdings vorwiegend im niederen Dienstleistungsbe- reich.

Ende 1927 zogen allerdings wieder dunklere Wolken auf. Das wirtschaftliche Klima trübte sich ein, und Stadtschultheiß Kraut sah vor allem mit Sorge, dass sich das Reich immer mehr vom Steuermühsal einverleibte und der Stadt immer weniger Spielräume blieben. 1928 musste die Bautätigkeit sogar mangels Mitteln auf das Allernotwendigste reduziert werden, für größere Projekte blieb nichts übrig.

Die Wiederwahl

Nach 10jähriger Amtszeit stellte sich Georg Kraut, der inzwischen auch im Kreistag saß und Vorsitzender der Ammertal-Schönbuch-Wasserversorgungsgruppe war, im Juni 1929 erneut zur Wahl. Mit einer Zustimmung der Böblinger Bevölkerung konnte er sicher rechnen. Seine pragmatische und zukunftsorientierte Arbeitsweise wurde geschätzt, seine Erfolge auf dem Gebiet der Bekämpfung von Inflation, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit wurden anerkannt wie ganz allgemein sein Engagement für sozia-

le und kulturelle Belange. Gegenkandidaten gab es keine. So wurde Georg Kraut mit einer Zustimmung von 91% der abgegebenen Stimmen für weitere zehn Jahre im Amt bestätigt.

Die Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen

Doch schon im Oktober 1929 verschlimmerte sich die Lage mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise dramatisch. Diese hatte besonders auf Deutschland mit seinen nach wie vor sehr labilen politischen und ökonomischen Verhältnissen gravierende Auswirkungen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt eskalierte, und im Nu entstand ein neues, diesmal noch größeres Heer von Arbeitslosen.

Die Stadt Böblingen suchte in diesem Zeitraum erneut nach Möglichkeiten, durch Notstandarbeiten etwas für die Arbeitslosen zu tun. Eines der Projekte war der Obere See, der immer wieder zu verlanden drohte. So konnte man zum Beispiel durch Ausschlammen des Sees für Beschäftigung sorgen.

Eine Folge der hohen Arbeitslosigkeit war, dass sich die ohnehin schon schwierige politische Situation – im Reichstag kam schon seit Jahren keine stabile Koalition zustande, Regierungskrise reihte sich an Regierungskrise – weiter verschlechterte. Das politische System der Weimarer Republik kam mehr und mehr ins Schlingern. Der konservative Paul von Hindenburg errichtete, ermöglicht durch ein Regime per Notverordnungen, die er am Reichstag vorbei erlassen konnte, eine Art Präsidialdiktatur. Damit waren die Voraussetzungen zum Aufstieg der NSDAP unter ihrem „Führer“ Adolf Hitler geschaffen. Die nationalsozialistische Bewegung hatte sich zum Ziel gesetzt, das demokratische „System“ zu beseitigen.

Anfang 1932 verzeichnete Georg Kraut, der aufgrund der neuen

württembergischen Gemeindeordnung von 1930 nicht mehr als Stadtschultheiß, sondern als Bürgermeister titulierte, für seine Stadt, trotz aller bereits getroffenen Maßnahmen zur Linderung der Not, eine fast schon deprimierende Lage. Die wirtschaftliche Leistung und damit auch die Steuereinnahmen gingen immer mehr zurück, dafür stiegen die kommunalen Aufwendungen für die Sozialfürsorge – die staatliche Unterstützung für Arbeitslose endete nach rund einem halben Jahr – immer weiter. Bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 7.998 waren insgesamt 447 Erwerbstätige ohne Arbeit, was eine Arbeitslosenquote von mehr als 20 % bedeutete.

In dieser Situation spiegelt die Böblinger Kommunalpolitik Anfang der 1930er Jahre die Verhältnisse im Reich wider: Die demokratischen und gemäßigten Parteien mussten Einbußen hinnehmen, die radikalen Kräfte legten zu, insbesondere die NSDAP unter ihren lokalen Führern Max Luib und Karl Haas, aber auch die KPD konnte ihren Stimmanteil ausbauen, ja, in Böblingen bekamen die radikalen Kräfte meist sogar mehr Stimmenanteile als im Durchschnitt Württembergs.

Persönliche Anfeindungen

Ein weiteres Phänomen in der aufgeheizten Situation dieser Jahre auf kommunaler Ebene war, dass sich in Böblingen eine parteiunabhängige Liste mit dem Schlossermeister Eugen Rieger an der Spitze bildete und 1931 einen Sitz im Gemeinderat eroberte. Der mehrfach, auch wegen Körperverletzung, vorbestrafte Rieger ließ nichts Gutes an Bürgermeister Kraut, dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung im Gesamten und befeuerte seine Kritik in einer vier Mal in der Woche von ihm herausgegebenen Zeitung namens

„Böblinger Beobachter“. Er bezichtigte rundweg die gesamte kommunale Spitze, vor allem aber den Bürgermeister, der Unfähigkeit und der Bereicherung. Georg Kraut wehrte sich, und wo er argumentativ nicht dagegen ankam, bemühte er die Gerichte. Dort zog Eugen Rieger stets den Kürzeren.

Ein besonders gravierender Fall spielte sich im Frühjahr 1932 ab, der – aufgrund der von Eugen Rieger entfachten Polemik – auch außerhalb Böblingens Beachtung fand. Teile der Presse berichteten, meist genüsslich, über die „Provinzposse“, die sich da in Böblingen zugetragen habe.

Was war geschehen? Bei einem Gau-Sängerfest im Sommer 1930 sollen Georg Kraut und ein anderer wichtiger öffentlicher Funktionsträger kräftig mitgefeiert haben. Dann soll etwas geschehen sein, was Eugen Rieger rund ein Jahr später, Ende 1931, im Wahlkampf um die Gemeinderatssitze auszuschlachten versuchte. Im „Böblinger Beobachter“ sowie bei Wahlkampfauftritten bezichtigte Rieger Georg Kraut des Ehebruchs. Denn der angeheiratete Bürgermeister und sein Kompagnon sollen, so behauptete er, damals nach dem Sängerfest mit zwei Kellnerinnen, die sie auf der Festwiese kennengelernt hatten, „im verdeckten Lastauto“ nach Stuttgart gefahren sein. Dort habe man weiter gezecht. Auf der Rückfahrt sei es dann unter der Abdeckplane zu heftigen sexuellen Übergriffen gekommen, bei welchen die beiden Frauen erhebliche Blessuren davongetragen haben sollen.

Georg Kraut zog wegen dieser Kampagne vor den Kadi. Ein Schöffengericht verurteilte Eugen Rieger, der, wie man den Eindruck hatte, für den anstehenden Prozess verschiedene Personen, darunter auch die betroffenen Frauen, zu Falschaussagen motiviert hatte, im März 1932 wegen Beleidigung, übler Nachrede und auch wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu sieben Monaten Haft.

In einem Folgeprozess, der sich um den möglichen Meineid ei-

nes der von Rieger genannten Zeugen drehte, wurde die unappetitliche Geschichte zwei Monate später ein weiteres Mal vor der Öffentlichkeit ausgebreitet. Diesmal jedoch erhielt der wegen Meineid Angeklagte einen Freispruch. Man könne diesem, so hieß es in der Urteilsbegründung, nicht nachweisen, dass er wissentlich einen Meineid geschworen habe. Auch musste Georg Kraut im Verlauf des Prozesses einräumen, dass er bei der nächtlichen Fahrt – dass sie stattgefunden hatte, bestritt er nie – erheblich betrunken gewesen sei, und zwar so sehr, dass er sich an nichts mehr erinnern könne. Das alles warf letztlich kein günstiges Licht auf den Bürgermeister.

Dieser zweite Prozess und seine Begleitumstände wirkten wie eine Niederlage für Georg Kraut, zumal diese Entscheidung Rückwirkungen hatte auf das Verfahren gegen Eugen Rieger, der in Berufung gegangen war. Außerdem erstattete Rieger seinerseits Anzeige gegen Kraut wegen Meineids.

Der „NS-Kurier“, das Kampfblatt der NSDAP, weidete sich im Mai 1932 daran, dass bei dem – wie es die Partei sehen wollte – „bei seinen Böblingern an sich nicht sehr beliebt[en]“ Georg Kraut etwas haften blieb. Insofern hatte Eugen Rieger erreicht, was er wollte: den Ruf Georg Krauts zu beschädigen.

Erneute finanzielle Nöte

Dienstlich hatte sich Georg Kraut zu diesem Zeitpunkt ebenfalls mit gravierenden Problemen zu beschäftigen. Die finanzielle Lage der Stadt war – wie aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Krise überall – schwierig. In einem Memorandum aus dem Mai 1932 befasst sich Georg Kraut eingehend mit, offenbar aus dem Gemeinderat stammenden, Sparvorschlägen, die in erster Linie in

Richtung Personalabbau gingen, insbesondere bei den Beamtenstellen.

Besonders die Position des Stadtbaumeisters war ins Visier geraten. Und so räumt Georg Kraut ein, dass auf Grund der wirtschaftlichen Flaute auch die städtische Bautätigkeit zum Erliegen gekommen sei. Man müsse sich inzwischen auf die allernotwendigsten Bau- und Straßenunterhaltungen beschränken. Daher könne man durchaus nachvollziehen, wenn ein hochqualifizierter Stadtbaumeister für entbehrlich erachtet werde und man die Position mit einem geringer Qualifizierten und daher auch geringer Bezahlten besetzen sollte. Dann aber führt Georg Kraut aus, welche negativen Folgen eine solche Entscheidung für die Stadt haben könnte. Denn mit dem Wachstum der Stadt seien auch die technischen Anforderungen immer komplexer geworden, sei es im Straßenbau oder sei es bei den diversen Versorgungsleitungen. Das alles müsse von einem Fachmann betreut werden. Es sei daher kontraproduktiv, sich vom Stadtbaumeister zu trennen.

Auch an anderer Stelle sollte nach den Vorstellungen der Gemeinderäte gespart werden: bei den „Schreibfräuleins“. Georg Kraut hält es in seinem Memorandum allerdings für keine gute Idee, diese betroffenen Damen zu entlassen und an ihrer Stelle – quasi als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme – arbeitslose Kaufleute anzustellen. In diesem Zusammenhang verwahrt er sich auch gegen den Eindruck, dass man im Rathaus zu wenig zu tun habe. Im Gegenteil: Gerade die allgemeine Erwerbslosigkeit in der Bevölkerung sei Ursache davon, dass die Rathausmitarbeiter ein deutlich höheres Arbeitspensum zu bewältigen hätten.

Georg Kraut schließt seine Ausführungen mit einer Reihe von Vorschlägen, wie die Verwaltung effizienter gestaltet werden könnte und auf diese Weise auch Personalstellen eingespart werden könnten.

Das Memorandum zeigt in Inhalt und Stil Georg Krauts Arbeits-

weise und berufliche Einstellung: Sachkundig das Für und Wider genau abwägend, aber auch jederzeit klar Position beziehend und im Ganzen gesehen konstruktiv. Er gibt profund Auskunft über die einschlägigen gesetzlichen, zum Beispiel beamtenrechtlichen Grundlagen. Er erfasst den Ernst der Lage präzise, ohne in Katastrophenrhetorik oder polternde Polemik zu verfallen. Eher sind seine Ausführungen von einem – trotz oder gerade wegen der Ernsthaftigkeit der Lage – fein dosierten Humor getragen.

Der von Eugen Rieger herausgegebene „Böblinger Beobachter“, hier eine Ausgabe vom Januar 1932



Die Zeit des Nationalsozialismus

Die „Machtergreifung“

Nachdem Adolf Hitler von Reichspräsident Paul von Hindenburg im Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt worden war, wurden für den März Neuwahlen zum Reichstag angesetzt. Diese machten die NSDAP zur stärksten Fraktion und schufen so die Basis für die so genannte „Machtergreifung“. Noch vor der Wahl hatte der Reichspräsident durch eine Notverordnung dafür gesorgt, dass die politischen Gegenkräfte geschwächt wurden; der Brand des Reichstags im Februar lieferte dafür die fadenscheinige Begründung. Diese Entwicklung bedeutete das Ende der Weimarer Republik.

Nach der „Machtergreifung“ konnte sich die württembergische Staatsregierung unter Ministerpräsident Eugen Bolz nicht lange halten. Bald war Bolz, ein aufrechter Konservativer, durch den linientreuen Wilhelm Murr ersetzt worden. Eugen Bolz wurde Anfang 1945 als Mitglied des Widerstands gegen Hitler hingerichtet.

Auch in Böblingen hatte die Nazi-Partei enorm zulegen können, weite Wählerkreise des Bürgertums waren zur extremen Rechten gewandert. Wie auf den höheren politischen Ebenen, so wurde nun auch auf kommunaler Ebene „gesäubert“. Erst wurden Kommunisten, dann auch Sozialdemokraten vom politischen Leben ausgeschlossen, oder sie wurden gefangen genommen und interniert. Die Parteivermögen wurden beschlagnahmt, die Organisationen zerschlagen.

Das im April 1933 erlassene „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ gab den neuen Machthabern die Handhabe, missliebige Mitglieder der Verwaltungen und des Gerichtswesens

loszuwerden. Auch in Böblingen traf es verdiente Kräfte, insbesondere dann, wenn sie Mitglieder linker Parteien waren.

Verbleiben im Amt

Georg Kraut hingegen konnte im Amt bleiben. Der bisher Parteilose war – wie eine große Zahl seiner Landsleute, vor allem wenn sie öffentliche Ämter bekleideten – nach der „Machtergreifung“, vermutlich Anfang Mai 1933, in die NSDAP eingetreten. Man nannte solche Personen, deren Handeln bei den altgedienten Nazis und auch in Teilen der Bevölkerung durchaus als opportunistisch angesehen wurde, spöttisch die „Märzgefallenen“. Wobei Ortsvorsteher und andere wichtige kommunale Funktionsträger in der Regel zu einem Beitritt aufgefordert, besser gesagt: unter Druck gesetzt wurden. Georg Kraut machte dementsprechend nach Kriegsende geltend, dass man ihm privat zugetragen habe, ihn abzusetzen, falls er nicht in die Partei eintrete. Außerdem, so gab er zu Protokoll, sei es ihm allein um kommunalpolitische Anliegen gegangen, welche ihn dazu bewogen hätten, trotz der Umstände im Amt bleiben zu wollen. Davon weiter unten mehr. Der Punkt, dass seine beruflichen Alternativen sehr gering gewesen sein durften, hat allerdings, wie bei vielen, mit Sicherheit auch eine Rolle gespielt.

Damit aber steuerte Georg Kraut wie viele seiner altgedienten Verwaltungskollegen unweigerlich auf Konflikte zu. Denn zur Politik der neuen Machthaber gehörte die Beseitigung der über Jahrzehnte gewachsenen und dabei – vor allem in den Jahren der Weimarer Republik – immer mehr demokratisch legitimierten Strukturen. Die völlige organisatorische Gleichschaltung und ideologische Durchdringung aller privaten und öffentlichen Be-

reiche war das Ziel der Hitler-Bewegung, auch auf kommunaler Ebene. So traten neben die bisherigen staatlichen Organe immer mehr die Partei-Instanzen, ja, diese wurden sogar übergeordnet. Nichts sollte mehr entschieden oder veranlasst werden ohne die Einbeziehung der Funktionsträger der NSDAP auf den verschiedenen Ebenen. Die kommunale Selbstverwaltung durch eine vom Volk gewählte Verwaltungsspitze und durch einen vom Volk gewählten Gemeinderat wurde so Stück für Stück eliminiert.

Abgemildert wurde diese Entwicklung allenfalls, wenn die neuen Machthaber sich selbst beziehungsweise gegenseitig im Wege standen. So gab es in Böblingen einen eskalierenden Konflikt innerhalb der NSDAP zwischen dem Kreisleiter Max Luib und dem Ortsgruppenleiter Karl Haas. Auch einige Wechsel an der Spitze der NSDAP-Kreisleitung sorgten dafür, dass Georg Kraut sein Amt zunächst noch einigermaßen geregelt ausüben konnte.

Änderungen in der Verwaltungsstruktur

Etwas Wesentliches änderte sich im Jahr 1934, auf der nächsthöheren Verwaltungsebene: Aus dem bisherigen Oberamt Böblingen – die Bezeichnung „Oberamt“ galt seit dem Jahr 1758 – wurde durch die neue „Württembergische Kreisordnung“ der Kreis Böblingen. Die Bezeichnung „Oberamtmann“ war schon im Jahr 1928 durch die Bezeichnung „Landrat“ ersetzt worden. Wenige Jahre später, 1938, wurde die Verwaltung dann im Rahmen der Kreisreform gestrafft: Die bisherige Anzahl der Kreise wurde erheblich verringert. So wurde zum Beispiel der Kreis Herrenberg aufgelöst und dem Kreis Böblingen zugeschlagen.

Eine regelrechte Zäsur im Hinblick auf die Kommunalpolitik war das Inkrafttreten der neuen „Deutschen Gemeindeordnung“

im April 1935. An Konzepten eines „totalen Staates“ hatten rechtsgerichtete Philosophen und Juristen wie Carl Schmitt oder Ernst Forsthoff schon seit vielen Jahren gearbeitet. Diese sahen unter anderem eine weitgehende Beseitigung der kommunalen Selbstverwaltung und eine völlige Unterordnung unter die Ziele des Gesamtstaates vor. Auch auf kommunaler Ebene sollte das Prinzip der Subsidiarität aufgegeben, dafür aber das „Führerprinzip“ gelten. An diese theoretische Basis konnten die neuen Machthaber anknüpfen.

Das Gesetz von 1935 bedeutete vor allem, dass die Bevölkerung nun nicht mehr den Bürgermeister und auch die Gemeinderäte wählen durfte. Diese wurden nun gemäß dem „Führerprinzip“ von oben eingesetzt. Hierbei ging nichts ohne die Zustimmung der Nazi-Partei, insbesondere der Kreisleitung. Der Gemeinderat wurde in ein Gremium von „Ratsherren“ überführt, der im Übrigen nur noch eine beratende und keine beschließende Funktion mehr hatte. De facto führten diese Änderungen dazu, dass Bürgermeister und Gremium nichts mehr ohne Zustimmung der Partei entscheiden und umsetzen konnten. Im Grunde waren die starken Männer der NSDAP nun die eigentlichen Herren im Rathaus. Es kam jedoch durchaus auf die einzelne Person an, ob und wie weit diese sich in das Tagesgeschäft einmischte oder der Verwaltungsspitze einigermaßen freie Hand ließ.

Wichtige kommunalpolitische Vorhaben

Was waren es nun für kommunalpolitische Anliegen, die Georg Kraut so wichtig waren, dass er sich weiter im Amt halten wollte? Nach dem Krieg, im Jahr 1947, äußerte sich Georg Kraut ausführlich zu den Zeitumständen. Im Rahmen des Entnazifizierungsver-

fahrens, dem er, der Parteimitglied war und der bis 1937 eine wichtige öffentliche Funktion ausgeübt hatte, sich unterziehen musste, nahm er detailliert zu seinen Motiven Stellung. Aus diesen Darlegungen, die natürlich seine persönliche Sichtweise wiedergeben und die in einer für ihn juristisch prekären Situation entstanden, ergibt sich folgendes Bild:

- Es sei ihm vor allem darum gegangen, zwei aus Böblinger Sicht wichtige Vorhaben voranzubringen: die Projekte Finanzamt und Freibad. Das Finanzamt sollte von Sindelfingen nach Böblingen verlagert werden. In dieser Sache habe er Gespräche mit wichtigen Entscheidungsträgern geführt und sich auch um einen Bauplatz gekümmert. In der Frage des Freibads sei er jedoch bald in Konflikt mit der Parteileitung geraten. Er selbst habe diese Einrichtung aus Kostengründen, aber auch wegen der besseren Wasserversorgung zusammen mit der Nachbarstadt Sindelfingen am Goldbach errichten wollen. Erste Gespräche mit der Sindelfinger Seite seien, nach anfänglichem Zögern, vielversprechend verlaufen. Die Parteioberen hingegen haben eine sehr viel aufwändigere Lösung allein auf Böblinger Seite am Hexenbuckel realisiert sehen wollen, sie wollten zudem auch ein Stadion und einen Festplatz haben. Die Kosten hierfür hätten rund das Vierfache betragen. Dies habe er vehement ablehnt, sah er doch die finanzielle Lage der Stadt durch dieses Projekt bedroht. Aber auch die Wasserversorgung habe sich als schwierig dargestellt. Wegen seiner Haltung in der Freibad-Frage habe er unverhüllte Warnungen erhalten: Er solle nachgeben, sonst würde man ihn seines Postens entheben.
- Auch in kleineren Angelegenheiten habe er sich immer wieder gegen die Forderungen und Vorstellungen der Partei-Funktio-

näre zur Wehr setzen müssen. So habe er die Witwe des aus Böblingen stammenden Kommerzienrates Dinkelaker aus Stuttgart um eine Spende für ein zu errichtendes Altersheim gebeten und diese auch bekommen. Die Herren von der NSDAP monierten dies, man hätte ihrer Auffassung nach das Geld besser für das neue HJ-Heim einsetzen sollen.

- Auch in der Frage der Zukunft des zivilen Flughafens habe man auseinandergelegen. Im Jahr 1935 seien Gerüchte aufgekommen, dass an eine Verlegung nach Echterdingen gedacht werde, um in Böblingen, wie schon zu Zeiten des Ersten Weltkriegs, einen militärischen Fliegerhorst einzurichten. Er habe sich persönlich im Berliner Luftfahrtministerium dafür eingesetzt, dass der zivile Flughafen in Böblingen bleibt, und dabei argumentiert, der Platz sei nicht für militärische Zwecke geeignet. Man habe außerdem mit dem Panzerregiment schon genügend Militär in der Stadt. Die Partei habe das aber anders gesehen und – mit Erfolg – die Verlegung des Landesflughafens auf die Fildern betrieben.

Vor allem Letzteres war eine empfindliche Niederlage für den um das wirtschaftliche Wohl seiner Stadt besorgten Bürgermeister. Aber auch sonst habe er, so die Einschätzung Georg Krauts, bei den Parteioberen ständig Missfallen erregt.

Widerstände, Konflikte und fortgesetzte Diffamierungen

Aus weiteren Aktenstücken geht hervor, dass auch bei diversen wichtigen Grundstücksgeschäften, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Panzerkaserne, bei einigen finanziellen Transaktio-

nen oder bei wichtigen personellen Angelegenheiten, wie vor allem bei der Besetzung der Stelle des Stadtbuchhalters, die Funktionsträger der Partei oder auch die parteitreuen Beigeordneten und Ratsherren dem Bürgermeister in die Quere kamen, weil sie Partei-, teilweise aber auch persönliche Interessen verfolgten. Oft konterkarierten sie auf diese Weise die von Georg Kraut gesteckten Ziele und verursachten so, wie es Georg Kraut feststellte, materiellen Schaden für die Stadt.

Ein interessanter Fall ist zum Beispiel das bereits erwähnte Darlehen, das der Firma Klemm GmbH im Zuge der Ansiedlung dieses Unternehmens auf dem Flugplatzgelände durch die Stadt gewährt worden war. Die Stadt hatte sich ausbedungen, dass der Aufbau von Zweigwerken an anderem Ort nur mit Zustimmung der Stadt möglich sei. Als nun Hanns Klemm auf Veranlassung des Militärs ein Zweigwerk in Mitteldeutschland errichten wollte, verlangte Georg Kraut als Kompensation eine Erhöhung des Schuldendienstes zur schnelleren Tilgung des Darlehens. Klemm lehnte ab, es kam zu Verhandlungen. Dort blieb der Bürgermeister bei seiner Haltung, die beiden Beigeordneten aber wollten Klemm entgegenkommen, weil es offenbar entsprechende Direktiven aus Richtung Parteileitung gab. Das Ministerium schaltete sich schriftlich ein und forderte beide Seiten zur Einigung auf. Wieder wurde verhandelt, wieder blieben der Flugzeugbauer und der Bürgermeister hart, die Beigeordneten hingegen zeigten erneut Verständnis für die Klemm'sche Position. Am Ende setzte sich Georg Kraut durch, fügte aber den bitteren Kommentar an, die Stadt habe ihm diese Tat nicht hoch, sondern „mit einem Tritt auf den Hintern“ angerechnet.

Aber auch die persönlichen Diffamierungen gegen Georg Kraut setzten sich fort. Auf die Verleumdungen durch Eugen Rieger wurde im vorangegangenen Kapitel bereits eingegangen. Neben der strafrechtlichen Seite hatte diese Affäre für Georg Kraut nun

auch dienstrechtlich einige Nachwirkungen, da die über die Kommunen Aufsicht führende Ministerialabteilung sich noch über Monate, also bis in die Zeit nach der „Machtergreifung“, mit dem unappetitlichen Fall beschäftigen musste. Die Frage stand im Raum, ob man gegen Bürgermeister Kraut ein dienstrechtliches Verfahren einleiten müsste.

Obwohl die verschiedenen Strafprozesse im Herbst 1933 endlich abgeschlossen waren, ließ Eugen Rieger, der inzwischen nach Neresheim verzogen war, nicht locker. Rieger, dessen Strafmaß im Berufungsverfahren auf fünf Monate Haft reduziert worden war, wurde beim Staatskommissar für Körperschaftsverwaltung vorstellig und pochte darauf, dass Georg Kraut, der sich in seinen Augen „schwerer unsittlicher Verfehlungen schuldig gemacht“ habe, aus dem Amt als Bürgermeister entfernt werden müsste. Die bisher ergangenen Urteile hätten, wie Rieger behauptete, „bei den nationalsozialistischen Anhängern wie bei der übrigen Bevölkerung Böblingens Erstaunen erregt“. Außerdem dürfte laut Rieger, wie der Staatskommissar in einem Schreiben an die Ministerialabteilung festhielt, „an der seitherigen politischen Einstellung des Bürgermeisters Kraut [...] einiges zu beanstanden sein. Er paktierte ausschließlich mit Kommunisten, Demokraten und Sozialdemokraten, mit deren Anhänger (sic!) er persönlich engste Beziehungen gepflogen hat und unter deren Einfluss er stand.“

Der Staatskommissar erkundigt sich im Folgenden zwar, ob gegen Georg Kraut schon einmal ein dienstrechtliches Verfahren eingeleitet worden sei, schließt sein Schreiben an die Ministerialabteilung jedoch mit der Feststellung: „Was in politischer Hinsicht gegen Bürgermeister Kraut vorliegt, reicht auch nach Auffassung der Gauleitung nicht aus, um auf Grund des Berufsbeamtengesetzes gegen ihn einzuschreiten.“ Diese Haltung sollte sich allerdings noch gravierend ändern.

In ihrer Antwort hält die Ministerialabteilung fest, dass zwar

nach Feststellungen des Gerichts keine „unzüchtigen Handlungen“ vorgekommen seien, dennoch habe Bürgermeister Kraut wegen der nächtlichen Fahrt nach Stuttgart eine „ernstliche Verwarnung“ erhalten. Im Übrigen habe Eugen Rieger keine „neuen Tatsachen“ vorbringen können. Das Württembergische Innenministerium fasst im Januar 1934 knapp zusammen: „Nachdem dem Bürgermeister Kraut eine ernstliche Verwarnung erteilt worden ist, kann u. E. von einem weiteren Vorgehen gegen ihn abgesehen werden.“

Dienstrechtlich gesehen endete die Sache für Georg Kraut also einigermaßen glimpflich, aber sein guter Ruf in der Öffentlichkeit hatte zweifellos gelitten.

Lyon Sussmanns Beerdigung

Eine andere Episode, die ein Licht auf die persönliche Einstellung Georg Krauts zum herrschenden Regime wirft, steht im Zusammenhang mit der Beerdigung Lyon Sussmanns, eines verdienstvollen und in der Zeit vor dem Nationalsozialismus hochverehrten jüdischen Unternehmers. Der Inhaber der Textilfirma Maier & Cie., welche unter der Marke "Hautana" Korsagen herstellte, war im Jahr 1935 hochbetagt in einem jüdischen Altersheim in Stuttgart verstorben. Für Georg Kraut war es selbstverständlich, dass die Stadt Böblingen ihrem damals einzigen Ehrenbürger einen Kranz spendete. Dies wurde von den Ratsherren brüsk abgelehnt, ebenso eine offizielle Teilnahme des Bürgermeisters an der Beerdigung. Georg Kraut setzte sich darüber hinweg und nahm als Privatmann an der Zeremonie teil. Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass ihm dieses Verhalten bei den nationalsozialistischen Machthabern negativ angerechnet wurde.

Die Logen-Mitgliedschaft

Ein anderes Kapitel ist die bereits erwähnte, von 1917 bis 1919 dauernde Mitgliedschaft in der Loge „Zur aufgehenden Sonne“. Sie war in Georg Krauts Stammliste verzeichnet, daher war sie auch den Parteistellen bekannt. Und tatsächlich hat der neue Kreisleiter Ernst Krohmer, Nachfolger von Max Luib, diese Tatsache zum Anlass genommen, Georg Kraut in ein aus Sicht der Partei schlechtes Licht zu stellen. In einem längeren Schreiben an die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung, die um Stellungnahme in der Sache bat, fasst er im September 1937 wie folgt zusammen: „Die kurze Zugehörigkeit zu dieser Loge dürfte allein nicht seine politische Unzuverlässigkeit bedeuten. Es zeigte jedoch die ganze Haltung des Bürgermeisters Kraut, dass er in politischer und weltanschaulicher Hinsicht nicht zuverlässig ist [...]“. Auf weitere Zitate aus diesem Schreiben gehen wir im folgenden Kapitel näher ein.

Dem vorausgegangen war ein reger Schriftverkehr in dieser Sache zwischen Landratsamt sowie der Ministerial- und der Parteibürokratie, ausgelöst durch einen Erlass des Reichsinnenministers Hermann Göring zur Überprüfung der weltanschaulichen Zuverlässigkeit verschiedener staatlicher Funktionsträger. Landrat Otto Meditsch selbst gibt eine sehr differenzierte und positive Beurteilung Georg Krauts ab. Er bestätigte zwar die Mitgliedschaft in der Loge, hob aber die besonderen Leistungen Georg Krauts in seiner gesamten Dienstzeit seit 1906 hervor. Er beschrieb ihn als „tüchtigen Verwaltungsmann mit guten Kenntnissen und einem gesunden Sinn für die praktischen Gegebenheiten und Bedürfnisse. Dazuhin ist er sehr fleißig und ein ausdauernder Arbeiter.“ Dieses gute Zeugnis dürfte jedoch bei den Parteioberen wohl kaum mehr etwas zugunsten Georg Krauts bewegt haben.

Aufgabe des Bürgermeistersamts und Wegzug aus Böblingen

Vier Jahre lang versuchte Georg Kraut unter dem Nazi-Regime seine Aufgaben als Chef der Stadtverwaltung zu erledigen. Die Stimmung, die gegen Ende dieser Zeit im Rathaus herrschte, stellt sich sehr eindrücklich dar in dem "Auszug aus der Niederschrift über die Beratungen des Bürgermeisters mit den Ratsherren und über die Entschließungen des Bürgermeisters" vom 14. Juli 1937.

In dieser Sitzung geht es wieder einmal um die Freibad-Frage. Der Beigeordnete Haas (hierbei handelt es sich um den Ortsgruppenleiter Karl Haas, im zivilen Leben Bausachverständiger, der in diese Position eingesetzt worden war) fragt, wie der Stand der Dinge sei. Der Bürgermeister verweist auf ein noch ausstehendes Gutachten der Beratungsstelle für das Baugewerbe. Der Beigeordnete teilt mit, dass man "die Angelegenheit nicht länger hinauschieben könne", das Freibad sei eine der wichtigsten Aufgaben der Stadt, und wenn jetzt nicht bald etwas geschehe, dann könne er auch "vom Rathaus wegbleiben". Der Bürgermeister kontert, dass er die Verantwortung für ein Freibad am Hexenbuckel nicht übernehmen könne. Er werde dort auch keine landwirtschaftlichen Grundstücke erwerben, nachdem die Landesbauernschaft Einspruch erhoben habe. Sodann wirft der Bürgermeister dem Beigeordneten vor, in der Freibad-Frage "umgefallen" zu sein. Das Protokoll vermerkt: Der Beigeordnete verlässt darauf "den Sitzungssaal, eine Entschließung kommt nicht zustande".

Zwei Monate später, am 18. September 1937, lässt der Beigeordnete Haas folgende Anmerkung auf dem Dokument anbringen: Er habe erst den Sitzungssaal verlassen, nachdem der

Bürgermeister zu ihm und dem Beigeordneten Ruoff in Bezug auf die Freibad-Frage gesagt habe "Ihr seid ja gekauft".

Im diesem Jahr 1937, als sich alles zuspitzte, warf Georg Kraut schließlich das Handtuch und bat darum, aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig – er war gerade 60 Jahre alt geworden – in den Ruhestand versetzt zu werden, was zum 1. November geschah. Dafür, dass die gesundheitlichen Gründe nicht aus der Luft gegriffen oder nur vorgeschoben waren, spricht, dass sich Georg Kraut zuvor schon längeren Erholungsurlaub hatte genehmigen lassen müssen.

Zum Nachfolger wurde auf Betreiben der NSDAP-Dienststellen, insbesondere durch Kreisleiter Krohmer, mit Dr. Otto Röhm ein linientreuer Bürokrat, der zuvor beim Oberamt Göppingen als Regierungsrat tätig war, zunächst kommissarisch, dann im März 1938 endgültig als Bürgermeister eingesetzt. Die Position wurde hierbei nicht öffentlich ausgeschrieben, eine Beteiligung der Böblinger Bürger oder gar Wahl gab es nicht.

Wie der neue Wind zu wehen hatte, brachte der Kreisleiter anlässlich der Amtseinsetzung von Dr. Röhm wie folgt auf den Punkt:

„Die Stadt Böblingen steht am Anfang einer Entwicklung, deren Ausmaß heute noch nicht zu übersehen ist. Diese Entwicklung fordert die Verantwortung des Mannes, der die Führung der Stadt in den Händen hält. Wohl ist der Bürgermeister heute nicht mehr wie früher der Spielball der Ratsherren, die ihrerseits wiederum die Exponenten ihrer Parteien waren. Das erleichtert zwar die Arbeit, vermindert aber nicht das Maß der Verantwortung. Darum muß herausgestellt sein: Bürgermeister sein, heißt Führer der Gemeinde sein! Deshalb muß der Bürgermeister zuerst Nationalsozialist sein.“

Diese Worte betonen das „Führerprinzips“ und die Ablehnung einer von den Einwohnern durch Wahlen legitimierten, kommunalen Selbstverwaltung, doch ist aus ihnen auch die implizite Kritik am bisherigen Amtsinhaber Georg Kraut und dessen Arbeitsstil deutlich herauszuhören.

Georg und Mathilde Kraut zogen es vor, Böblingen zu verlassen. Noch im Jahr 1937 verkauften sie ihr in der Zeppelinstraße gelegenes, heute nicht mehr vorhandenes Haus mit großem Garten und zogen um nach Überlingen an den Bodensee. Pikanterweise hatte das Ehepaar Kraut ihr Haus zuvor Dr. Röhm angeboten. Dem war es jedoch zu wenig repräsentativ, er bevorzugte ein Haus am Tannenberg.

Das Steisslinger-Gemälde

Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass Georg Kraut gerade in diesem Jahr den Maler Fritz Steisslinger mit einem Porträt beauftragte. Bemerkenswert ist auch, in welcher offensichtlich gelassenen, ja heiteren Haltung sich Georg Kraut malen lassen. Nichts deutet darauf hin, welche Kämpfe er in den zurückliegenden Jahren durchzustehen hatte. Er wirkt auf dem Gemälde nicht amtlich-würdevoll, sondern privat. Der neutrale grüne Hintergrund gibt keine Hinweise auf den Ort und die Umstände der dargestellten Person. Das in der Hand gehaltene Buch scheint darauf hinzudeuten, dass sich der Dargestellte kontemplativen Tätigkeiten und persönlichen Interessen widmet. Bemerkenswert ist auch sein Lächeln. Vielleicht soll dieses Bild die Freude ausdrücken, dass er nun bewusst einen neuen Lebensabschnitt ohne Belastungen und Beschwerneisse durch das öffentliche Amt betrat.

Der Umstand, dass Georg Kraut sich das Gemälde hat an den Bodensee nachschicken lassen, spricht im Übrigen dafür, dass seine Frau und er Böblingen sehr rasch zu verlassen wünschten.

Konstanz

Da von Georg und Mathilde Kraut keine persönlichen, schriftlichen Zeugnisse überliefert sind, ist auch nicht bekannt, warum es sie gerade an den Bodensee zog, ob sie dort Verwandte oder gute Freunde hatten.

Bekannt ist, dass das Ehepaar Kraut 1938 ein Haus in der „Im Weinberg“ genannten Straße in Konstanz, damals ein Neubaugebiet in guter Wohnlage, baute. Der Umzug von Überlingen nach Konstanz erfolgte im Sommer 1939, also praktisch mit Beginn des Zweiten Weltkriegs. Offenbar wurden bei der Fertigstellung ein paar Fehler gemacht, denn die Bauabnahme erfolgte nach einigem Hin und Herr mit der Konstanzer Bauaufsicht wegen fehlender Luftschutzräume und minderwertigem Beton in den Kellermauern erst im Jahr 1942.

Über das Privatleben des Ehepaars Krauts in den Kriegsjahren lässt sich nichts in Erfahrung bringen. Es scheint eher zurückgezogen gewesen zu sein. Georg Kraut hielt sich offensichtlich aus der Kommunalpolitik oder anderen öffentlichen Angelegenheiten heraus, über ihn gibt es diesbezüglich keine Hinweise im Archiv der Stadt Konstanz.

Bekannt sind einige Punkte, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs in seinem Entnazifizierungsverfahren aktenkundig wurden. So wurde dort festgehalten, dass Georg Kraut – außer seiner Mitgliedschaft in der NSDAP (ab 1933) – auch anderen Naziorganisationen angehörte, so dem Reichsluftschutzbund (ab 1934), der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV, ab 1934) sowie –

als „förderndes Mitglied“ – der SS (in der Zeit von 1935 bis 1939). Zudem war er Mitglied im Reichsbund Deutscher Beamter (ab 1936) und bei den Deutschen Christen (ab 1943). Für die NSV übernahm er an seinem neuen Wohnort auch eine aktive Rolle. Welche Bedeutung diese Mitgliedschaften hatten, darauf wird im nächsten Kapitel eingegangen.

Über Böblingen ist zu berichten, dass Dr. Otto Röhm, der Nachfolger Georg Krauts, im Jahr 1940 zum Militär einberufen wurde. An seiner Stelle übernahm der bisherige Beigeordnete Friedrich Nissler kommissarisch Amtsgeschäfte des Bürgermeisters.

Ein Foto zeigt die wahren Machtverhältnisse: Georg Kraut, zweiter von rechts, zivil gekleidet, verdeckt von nationalsozialistischen Funktionsträgern



Die Nachkriegszeit

Böblingen

Der Krieg ging für Böblingen am 22. April 1945 zu Ende, die Stadt Böblingen wurde nach ihrer Einnahme zunächst von französischen Streitkräften besetzt. Am 5. Juni 1945 wurde die Einteilung der Besatzungszonen jedoch geändert, das stark zerstörte Böblingen lag nun im amerikanischen Sektor.

Nach der Kapitulation Anfang Mai 1945 führte in den ersten Tagen der noch während des Krieges eingesetzte Friedrich Nissler die Verwaltungsgeschäfte. Doch per Erlass der Militärregierung vom 31. Mai 1945 wurde Dr. Georg Hengstberger zum Bürgermeister ernannt. Im September 1946 wurde an dann seiner Stelle Richard Müller vom Gemeinderat zum Bürgermeister bestimmt, Dr. Hengstberger wurde Landrat. Beide galten in ihrer Amtszeit als „Bürgermeister-Amtsverweser“, also als kommissarische Bürgermeister. Am 29. Februar 1948 wurde mit Wolfgang Brumme erstmals wieder in einem demokratischen Verfahren durch die Bevölkerung ein Stadtoberhaupt gewählt.

Konstanz

Der Wohnort des Ehepaars Kraut, die Stadt Konstanz, wurde im Verlauf des Kriegsendes ebenfalls von der französischen Armee besetzt. Besondere Umstände hatten dazu geführt, dass diese Stadt keinerlei Schäden durch unmittelbare Kriegseinwirkung erlitten hatte. Zum einen waren die Alliierten nach der versehentlichen

Bombardierung des Schweizerischen Schaffhausen vorsichtig im Hinblick auf Luftangriffe geworden, zum anderen konnte der Schweizer Politiker Otto Raggenbass in den letzten Kriegstagen zwischen den kampfbereiten deutschen und französischen Truppen eine friedliche Übergabe der Stadt erreichen. Die deutschen Truppen wurden in der Schweiz interniert, die französischen, die schon die Artillerie in Stellung gebracht hatten, rückten in die Stadt ein, ohne dass ein Schuss fiel.

Eine der ersten Maßnahmen der Besatzer war die Requirierung von Wohnraum. So musste auch das Ehepaar Kraut sein Haus in der Straße „Im Weinberg“ räumen. Die erste Zeit nach dieser Räumung verbrachten die Krauts beim Bruder von Georg Kraut im hohenlohischen Braunsbach. Dort blieben sie rund ein Jahr.

Im Jahr 1946 meldet sich das Ehepaar Kraut wieder in Konstanz an, diesmal in einer kleinen Wohnung im Mondrauteweg im Stadtteil Wollmatingen, wo das Reichsheimstättenwerk relativ kleine, genormte Siedlungshäuser hochgezogen hatte. Außerdem mussten sich die Krauts das Haus mit zwei weiteren Parteien teilen. Es muss also sehr eng zugegangen sein.

Entnazifizierungsverfahren

Georg Kraut hatte sich, wie schon im vorigen Kapitel erwähnt, einem Entnazifizierungsverfahren zu stellen. Grundlage hierzu war das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5. März 1946. Als Spruchkammer – so nannte man die zuständige, gerichtsähnliche Institution – wurde diejenige in Böblingen ausgewählt.

Ein Antrag, die Angelegenheit von einer Konstanzer Spruchkammer behandeln zu lassen, wurde abgelehnt, da, wie es hieß,

diejenige Spruchkammer in der Region, wo auch die Pensionskasse des Betroffenen sich befinde, zuständig sei. Für Georg Kraut lag diese Kasse aber in Stuttgart beziehungsweise Nürtingen und somit in Württemberg. Außerdem, so wurde durch die zuständigen Stellen festgehalten, waren die Entnazifizierungsverfahren in der amerikanischen und in der französischen Besatzungszone unterschiedlich, in der amerikanischen Zone gab es genaue Anweisungen, wie vorzugehen sei, in der französischen Zone fehlten solche. Man kann es auch so verstehen: In der amerikanischen Zone war das Verfahren strenger!

Georg Kraut machte bis Ende 1946 weiter mehrere Eingaben und bat um rasche Erledigung seiner Anfrage zur Verlegung des Verfahrens nach Konstanz. Für ihn sei es auch eine Zeitfrage, schließlich habe er schon seit Jahresbeginn keine Pensionszahlungen mehr erhalten, man lebe allein von der Entschädigung, die man für das requirierte Haus erhalten habe. Und für den amerikanischen Sektor müsse er erst einen Passierschein beantragen, was jedes Mal einige Zeit dauere. Es half nichts, Georg Kraut musste vor der Böblinger Spruchkammer erscheinen.

Ein Spruchkammerverfahren bedeutete zunächst das Ausfüllen von Melde- beziehungsweise Fragebögen. Hier mussten die vor die Spruchkammer Zitierten – offiziell galten sie als Angeklagte – ausführliche Angaben zu ihrem Werdegang, ihren persönlichen Umständen und zu ihren Funktionen während der Nazi-Zeit machen. In diesen aufschlussreichen Unterlagen, die heute im Staatsarchiv in Ludwigsburg lagern, befinden sich, neben den Fragebögen, auch ergänzende ausführliche, von Georg Kraut eingereichte Darstellungen über die genaueren Umstände in seiner aktiven Zeit als Bürgermeister in Böblingen. Auf Grundlage dieser Unterlagen konnten bereits im vorangegangenen Kapitel einige Vorgänge rekonstruiert werden.

In einem dieser Schreiben, es stammt aus dem Februar 1947,

stellt Georg Kraut dar, dass die NSDAP in den Jahren 1931 und 1932, also noch vor der „Machtergreifung“, durch einen „Strohmann“, der „später vom Landgericht Ellwangen als übler Ehrabschneider charakterisiert wurde“, gegen ihn „gehetzt und geschürt“ worden sei. Den Namen nennt Georg Kraut nicht, aber bei diesem von ihm als Handlanger der Nazis Bezichtigten handelt es sich ganz offensichtlich um Eugen Rieger. Ob diese Einschätzung zutrifft oder ob Rieger allein aus eigenem Antrieb handelte, lässt sich aus den Akten allerdings nicht erschließen. Amtlicherseits ist man diesem Vorwurf nicht nachgegangen.

Georg Kraut geht des Weiteren ausführlich auf seine Einstellung gegenüber der Nazi-Bewegung ein und führt an, er habe gegenüber Freunden nie einen Hehl gemacht, dass und wie kritisch er die Nationalsozialisten gesehen habe. Als wichtigen Zeugen benennt er den Böblinger Kaufmann Karl Laubengeier.

Insbesondere die auf die Jahre 1936 und 1937 datierte Freibad-Frage, die im vorigen Kapitel bereits dargestellt wurde, zieht Georg Kraut nun im Detail heran, um seine Einstellung zu dokumentieren. Er schildert, in welcher Weise die Beigeordneten Haas und Ruoff hinter seinem Rücken agierten, um seine Pläne eines gemeinsam mit Sindelfingen zu errichtenden Bades zu hintertreiben. Er erwähnt hierbei auch, wie ein Freund des Beigeordneten Ruoff ihn in seinem Amtszimmer aufsuchte und ihn konkret unter Druck zu setzen versuchte, in der Freibad-Frage nachzugeben. Es sei mit dem Entzug des Amtes gedroht worden. Auch rathausinterne Zuträger machten ihm deutlich, dass die Partei auf einer Umsetzung ihrer Pläne bezüglich des Freibades bestehe. Er habe dann gegenüber den beiden Beigeordneten geäußert, dass er „lieber freiwillig vom Amt zurücktrete“, als in dieser Sache, die er für unvernünftig und schädlich für die Stadt halte, nachzugeben.

Auch in anderen Fällen schildert Georg Kraut, teilweise sehr ausführlich, wie ihn die Parteiführung immer wieder zu gängeln

und unter Druck zu setzen versuchte. So habe ihn nach einer Bürgermeistertagung, die zur Zeit der Freibad-Frage stattgefunden habe, der damalige Leiter des Amtes für Beamte beim Kreis Böblingen angesprochen, um ihm mitzuteilen, dass bei der NSDAP-Kreisleitung Klagen eingegangen seien, wonach seine Zusammenarbeit mit den Ratsherren und mit der Parteiführung „unbefriedigend“ sei.

Alles in allem ergibt sich aus diesen Schilderungen Georg Krauts ein Bild, wonach er von Anfang an auf einem sehr unsicheren Posten saß. Die von Eugen Rieger forcierte Affäre ordnet er als gezielte Kampagne ein, um ihn, der kein überzeugter Nazi gewesen sei, schon vor der eigentlichen „Machtergreifung“ in Misskredit zu bringen. Nach der „Machtergreifung“ habe man ihn in seiner Amtsausübung ständig zu beeinflussen und zu behindern versucht, in einigen Fällen habe man ihn regelrecht hintergangen, und dies in der Regel zum Nachteil der Stadt.

Dass die Beurteilung durch die Spruchkammer für ihn – wie für viele Amtsträger während der Zeit des Nationalsozialismus – sehr wichtig war, ergibt sich aus dem Umstand, dass die Zahlungen der Pensionskasse vom Ergebnis der politischen Prüfung abhing. Zumindest konnte die Spruchkammer die Zahlung von Pensionsleistungen bis zum Abschluss des Verfahrens verzögern.

Es dürfte Georg Krauts Naturell entsprochen haben, dass er nicht versuchte, bestimmte Fakten zu unterschlagen. So reichte er mit einem kurzen Schreiben an die Böblinger Spruchkammer im Februar 1947 die Information nach, dass er auch „einige Zeit“ in Konstanz-Petershausen Blockwart im Rahmen der NSV gewesen sei, dass sich dies dort aber „in der Hauptsache auf das Einsammeln der monatlichen Beiträge beschränkt“ habe. Aber die Spruchkammer wollte weitere Informationen und Erläuterungen haben, und so schrieb Georg Kraut im Juni 1947 ausführlich, wie er zu der Aufgabe beim NSV kam. Er sei für einen zum Militär

eingerrückten Blockwart eingesprungen. Auch geht er auf weitere Mitgliedschaften ein, insbesondere auf die fördernde Mitgliedschaft in der SS. Diese habe noch in der Böblinger Zeit begonnen, und zwar auf Druck des lokalen Führers dieser Gruppierung, er habe sich dem in seinem damaligen Amt schlecht entziehen können. Ansonsten beruft sich Georg Kraut mehrfach auf Aktenstücke, die belegen, in welcher Weise die Nazi-Oberen auf Ort- und Kreisebene über ihn dachten. Diese müssten, appelliert er mehrfach, der Spruchkammer bekannt sein. Er selbst war in der unkomfortablen Lage, persönlich diese Aktenbestände nicht einsehen oder vorlegen zu können.

Im Sommer 1947 neigt sich das Spruchkammerverfahren seinem Ende zu. Rechtsanwalt Dr. Lederer aus Stuttgart stellt im August den Antrag, seinen Mandanten Georg Kraut als „Mitläufer“ – die nach den „Hauptschuldigen“, den „Belasteten“ und den „Minderbelasteten“ mildeste Form der Schuldzumessung – einzustufen. In der Begründung fasst Dr. Lederer noch einmal alle, schon von Georg Kraut mehrfach angeführten Motive und Situationen aus seiner Tätigkeit als Bürgermeister zusammen. Bezüglich der politischen Einstellung seines Mandanten führt Dr. Lederer das schriftliche Zeugnis des Welzheimer Bürgermeisters Bruno Oechsle an. Dieser bescheinigte Georg Krauts kritische Haltung gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern. Es wurde außerdem festgehalten, dass Georg Kraut zwar Mitglied der NSDAP war, aber dort keine aktive Rolle gespielt und insbesondere niemanden für diese Partei angeworben habe. Neben einigen Mitgliedern der Stadtverwaltung wird in diesem Zusammenhang auch auf den neuen Landrat Dr. Hengstberger sowie auf den Kaufmann Karl Laubengeier verwiesen, die diesen Sachverhalt bestätigen.

Wichtigster Beleg dafür, wie schlecht Georg Kraut bei den Nazi-Oberen angesehen war, ist in dem Antrag Dr. Lederers jedoch der Hinweis auf das Schreiben des NSDAP-Kreisleiters Krohmer vom

September 1937 an die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung, aus dem bereits weiter oben zitiert wurde. Krohmer kommt dort zu dem Urteil, dass

- Georg Kraut vor der „Machtergreifung“ linksdemokratisch und pazifistisch eingestellt gewesen sei
- seit der „Machtergreifung“ stets gegen die Partei gearbeitet habe oder diese habe umgehen wollen
- diese Einstellung des Bürgermeisters dazu geführt habe, dass sich der Nationalsozialismus in Böblingen so schlecht habe entwickeln können
- in Anbetracht dessen nicht davon ausgegangen werden könne, dass sich Georg Kraut „in Zeiten der Not und Gefahr“ für den nationalsozialistischen Staat einsetzen würde.

Letztere Feststellung war ganz offensichtlich eine Anspielung auf den kommenden Krieg, zu welchem – zumindest die höheren NSDAP-Funktionäre wussten darüber Bescheid – bereits die Vorbereitungen liefen.

Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass dieses Schreiben den finalen Strich unter die Amtszeit von Georg Kraut als Bürgermeister in Böblingen gesetzt hat. Wenige Wochen später trat dieser seinen vorzeitigen Ruhestand an.

Die Mitgliedschaft in den verschiedenen – bereits im vorangegangenen Kapitel erwähnt – Nazi-Organisationen wird durch Dr. Lederer in der auch bisher von Georg Kraut selbst vorgenommenen Weise erklärt: entweder es handelte sich um berufsständische Organisationen (Reichsbund der Beamten) oder es wurde ein gewisser Druck ausgeübt (NSV; Fördermitgliedschaft in der SS).

Etwas anders ist die Lage allerdings in Bezug auf die Mitgliedschaft bei den Deutschen Christen. Das war sicherlich ei-

ne von niemandem geforderte, sondern rein freiwillige Entscheidung Georg Krauts. In der Antragsschrift von Dr. Lederer wie auch in Georg Krauts eigenen Stellungnahmen wird hierüber lediglich vermerkt, dass Georg Kraut etwas habe beitragen wollen, um die konfessionelle Zerrissenheit und Spaltung in Deutschland zu überwinden. Dies war einerseits ein Wunsch in weiten Kreisen des national-konservativ gesinnten deutschen Bürgertums seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, den auch die Deutschen Christen aufgegriffen hatten. Andererseits war dieser Umstand ein gerne genutztes Argument in den Spruchkammerverfahren.

Georg Kraut stellte es zudem so dar: Er habe sehr bald seinen Irrtum – die Deutschen Christen verhielten sich gegenüber dem Hitler-Regime in jeder Hinsicht linientreu, insbesondere in der Frage der Judenverfolgung – bemerkt und sich nach wenigen Monaten nicht mehr für die Sache interessiert. Außerdem sei er auch nie aus der Kirche ausgetreten.

Der Antrag Dr. Lederers wurde im September 1947 abgelehnt, wobei auf eine noch ausstehende mündliche Verhandlung verwiesen wurde. Diese wurde auf den 6. Oktober 1947 festgesetzt. Da Georg Kraut in der Kürze der Zeit keinen Passierschein für die amerikanische Zone bekam, wurde der Termin auf den 13. Oktober verschoben. Geladen waren neben Georg Kraut auch eine ganze Reihe von Zeugen, darunter der Kaufmann Karl Laubengeier und Bürgermeister Bruno Oechsle.

Der Ankläger im Spruchkammerverfahren plädierte für die Einstufung Georg Krauts als „Belasteter“, in der Klageschrift wird hierzu dessen Mitgliedschaft in NSDAP und NSV festgehalten. Das Verfahren endete jedoch mit dem Spruch, dass Georg Kraut als „Mitläufer“ einzustufen sei. Ihm wurde ein Wiedergutmachungsbeitrag in Höhe von 1.000 Reichsmark auferlegt, außerdem die Kosten des Verfahrens.

Aus dem Ausgang des Verfahrens ist zu schließen, dass die An-

gaben zur Entlastung und auch die Aussagen der Zeugen von der Spruchkammer im Wesentlichen akzeptiert wurden.

Die letzten Jahre

1949, im Jahr der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, schrieb Georg Kraut die in der Einleitung erwähnten, ausführlichen Berichte über einzelne Vorgänge seiner Amtsjahre an seinen Nachfolger Wolfgang Brumme. Ob es darüber hinaus Kontakte nach Böblingen gab, ob auf persönlicher Ebene oder zwischen ihm und der Verwaltung, ist nicht bekannt.

1949 versuchte Georg Kraut auch, sein Haus „Im Weinberg“ zurückzuerhalten. Da er hoffte, dass dies bald geschähe, stellte er einen Antrag auf Ausbau des Dachgeschosses. Das wurde ihm jedoch verwehrt, und das Haus blieb, nach einigem Hin und Her, weiterhin beschlagnahmt. Es dauerte noch weitere fünf Jahre, bis zum Dezember 1954, bis die Krauts in ihr Haus wieder einziehen konnten.

Das Glück, wieder in den eigenen vier Wänden wohnen zu können, währte allerdings nur kurz. Am 4. Mai 1955 stirbt Georg Kraut in seinem Haus im Alter von 78 Jahren. Als Todesursache wird in der Sterbeurkunde Herzlähmung vermerkt. Die Todesanzeige erscheint am 6. Mai im Konstanzer „Südkurier“, neben seiner Frau Mathilde zeichnen die Geschwister als Hinterbliebene. Der Böblinger Gemeinderat wird am 11. Mai 1955 über Georg Krauts Tod informiert, das Protokoll vermerkt eine ausführliche Würdigung der von ihm für die Stadt geleisteten Arbeit.

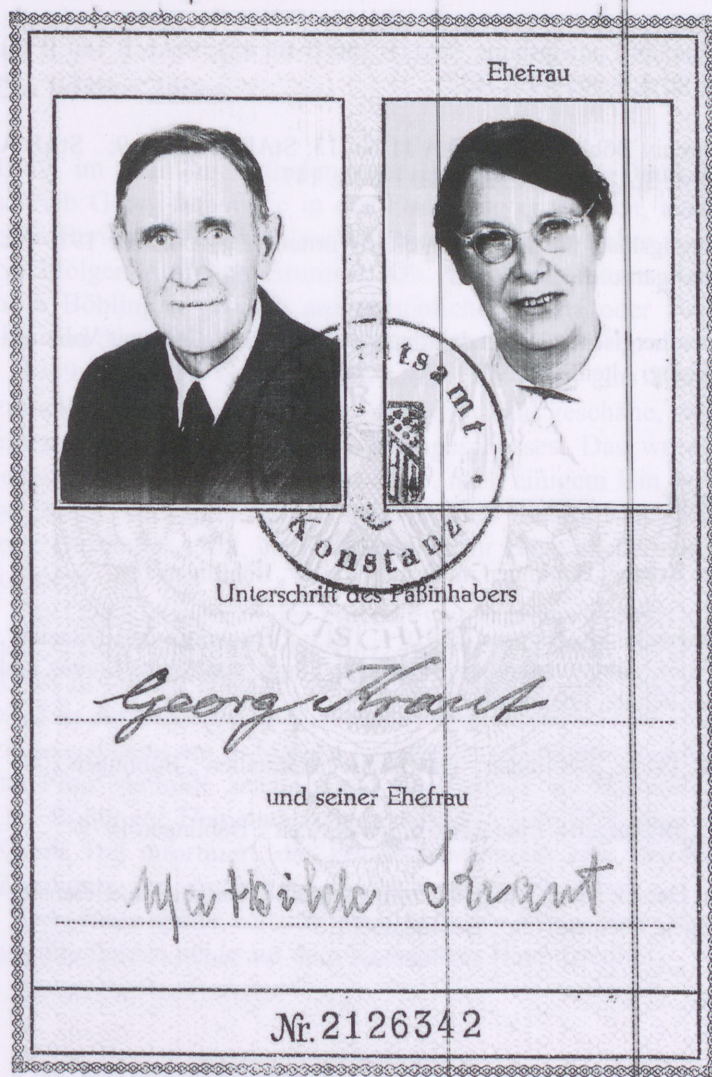
Drei Jahre später verstirbt auch Mathilde Kraut. Ihre letzte Ruhestätte fanden beide auf dem Konstanzer Hauptfriedhof.

Quellen

- Staatsarchiv Ludwigsburg: StAL E 180 II Bü 483; StAL E 180 II Bü 3708; StAL E 902-4 Bü 7637
- Stadtarchiv Böblingen: StAB A 11 Nr. 13; StAB A 12 Nr. 9; StAB A 13 Nr. 1; StAB A 13 Nr. 2; StAB F 6 Nr. 147
- Regierungsblatt für das Königreich Württemberg vom Jahr 1913 Nr. 26, Stuttgart o. J.
- Württembergische Gemeindeordnung vom 28. Juli 1906 mit Vollzugsverfügung, Altstadt 1907

Literatur

- Funke, Erwin, „Böblingen im Dritten Reich“, Böblingen 1987
- Hammerschmidt, Barbara, „1919 – 1945: Demokratie und Diktatur“, in: „Vom Mammutzahn zum Mikrochip“, hgg. von Sönke Lorenz und Günter Scholz, Filderstadt 2003
- Kläger, Erich, „Böblingen – Geschichte in Gestalten“, Böblingen 2003
- Ders., „Böblingen – Eine Reise durch die Zeit“, Böblingen 1979
- Kuhn, Daniel, „Vom Flugplatz zum Flugfeld – Geschichte, Herausforderungen, Perspektiven“, Böblingen 2015



Ein persönliches Nachwort

Auslösendes Moment zu der vorliegenden Schrift war die „Entdeckung“ des Porträts Georg Krauts aus der Hand des Malers Fritz Steisslinger. Unerwartet bekam die Öffentlichkeit so das eindruckliche Bildzeugnis eines Mannes zu sehen, der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Geschicke der Stadt Böblingen geprägt hatte.

Eines fiel mir auf: Die heitere Gelassenheit, die der Dargestellte ausstrahlt. Sie steht in eigentümlichem, fast rätselhaftem Kontrast zu den allgemeinen und persönlichen Umständen der Entstehungszeit des Gemäldes. Ich fragte mich, was in diesem Mann, der sich fast sein gesamtes Arbeitsleben für die Stadt Böblingen eingesetzt hatte, vorgegangen war, als er dem Maler Modell saß. Was geschah 1937, dem Entstehungsjahr des Bildes? Wie war sein Lebensweg bis zu diesem Zeitpunkt? Was kam danach? Dem wollte ich nachgehen.

Der Zufall will es, dass ich selbst in Konstanz, der Stadt, in der Georg und Mathilde Kraut fast zwei Jahrzehnte lebten, gut 25 Jahre verbrachte. Ich bin auf meinen Spaziergängen dort mehrfach an seinem Haus in der Straße „Im Weinberg“ und auch an dem Haus im Mondrauteweg vorbeigekommen, ja, vermutlich auch an ihrem Grab auf dem Hauptfriedhof, nicht wissend, welche biographischen Linien ich da kreuzte.

Wenn ich, der ich zwei Jahre nach dem Tod Georg Krauts geboren wurde, ihm über die Zeiten hinweg am Bodensee hätte begegnen können, so hätte ich mich gerne mit ihm zusammengesetzt und mir von ihm erzählen lassen. Vieles hätte ich dann erfahren aus dem kommunalpolitischen Mikrokosmos seiner Dienstjahre, von den historischen Umbrüchen und Veränderungen und deren Auswirkungen auf das alltägliche Leben, von Auseinandersetzungen

gen, von Erfolgen, vom Scheitern. Ernstes hätte sich mit Anekdotischem abgewechselt, wir hätten die damaligen mit den heutigen Zeiten verglichen. Natürlich hätte ich auch gerne von ihm gewusst, wann und aus welchem Anlass heraus ihm klar wurde, dass er unter den braunen Machthabern, die er in einem seiner Schreiben an die Spruchkammer „Bankerottsetzlinge“ genannt hatte, nicht weitermachen konnte.

Besonders aber hätte mich interessiert, womit er sich beschäftigte, wenn er nicht in Zahlen und Akten vertieft war, an Projekten arbeitete oder Netzwerke pflegte. Was, so hätte ich ihn gerne gefragt, hat ihn auf dem Bild lächeln lassen, und wovon handelte das rote Buch, das er dort in der Rechten hält.

Ich werde es nie erfahren.

Böblingen, im Juli 2016

Peter Conzelmann



Fritz Steisslinger, Porträt Georg Kraut (1937)